67. Jahrgang, 13/2017, 27. März 2017

bpb:

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Wahrheit

Vincent F. Hendricks · Mads Vestergaard
VERLORENE WIRKLICHKEIT? AN DER SCHWELLE ZUR POSTFAKTISCHEN DEMOKRATIE

Peter Weingart
„WAHRES WISSEN" UND DEMOKRATISCH VERFASSTE GESELLSCHAFT

Stefan Marschall
LÜGEN UND POLITIK IM „POSTFAKTISCHEN" ZEITALTER"

Tobias Hürter
BULLSHIT

Lucas Graves
KLEINE GESCHICHTE DES FAKTENCHECKS IN DEN USA

Jens Jäger
BILDER UND „HISTORISCHE WAHRHEIT"

Petra Kolmer
WAHRHEIT. EIN PHILOSOPHISCHER STREIFZUG

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**

Wahrheit
APuZ 13/2017

VINCENT F. HENDRICKS · MADS VESTERGAARD
VERLORENE WIRKLICHKEIT? AN DER SCHWELLE ZUR POSTFAKTISCHEN DEMOKRATIE
Aus logischer oder erkenntnistheoretischer Sicht ergibt es keinen Sinn, Tatsachen zu widersprechen, die leicht zu verifizieren sind. Als politische Strategie scheint es derzeit allerdings durchaus zielführend zu sein. Doch eine solche Haltung zu Fakten untergräbt die Demokratie.
Seite 04–10

PETER WEINGART
„WAHRES WISSEN" UND DEMOKRATISCH VERFASSTE GESELLSCHAFT
In der Demokratie legitimieren sich politische Entscheidungen auch durch ihre Rationalität. Die Evidenz, auf der sie basieren und an der sich ihre Rationalität bemisst, ist jedoch nicht immer klar. Was ist also „wahres Wissen" und wie kommt die Gesellschaft zu „wahrem Wissen"?
Seite 11–16

STEFAN MARSCHALL
LÜGEN UND POLITIK IM „POSTFAKTISCHEN ZEITALTER"
Lügen waren schon immer ein Teil politischer Kommunikation. Systematisches Lügen schadet jedoch der Demokratie. Aktuelle Entwicklungen machen die Auseinandersetzung über das, was wahr und unwahr ist, schwieriger. Notwendig ist daher eine neue Kultur der Ehrlichkeit.
Seite 17–22

TOBIAS HÜRTER
BULLSHIT
Wer Bullshit redet, schert sich nicht um die (Un-)Wahrheit, sondern will Eindruck schinden und Stimmung machen – ein Verhältnis zu Tatsachen, das im politischen Betrieb verbreitet ist. Wie gefährlich ist Bullshit? Und welche Maßnahmen können helfen, Bullshit zu erkennen?
Seite 23–27

LUCAS GRAVES
KLEINE GESCHICHTE DES FAKTENCHECKS IN DEN USA
Immer mehr Organisationen spezialisieren sich darauf, Behauptungen von Politikern auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Die Geschichte dieser Bewegung erzählt vom Versagen der objektiven Berichterstattung und wie Journalisten mit neuen Ideen und Techniken darauf reagierten.
Seite 28–33

JENS JÄGER
BILDER UND „HISTORISCHE WAHRHEIT"
Bilder ermöglichen historische Erkenntnis. Diese ergibt sich aber nicht nur aus dem Bild an sich, sondern auch aus den Sehgewohnheiten einer Epoche und einer Kultur – also aus dem, was üblicherweise in einer Gesellschaft in Bildern „gesehen" werden kann, darf und sollte.
Seite 34–39

PETRA KOLMER
WAHRHEIT. EIN PHILOSOPHISCHER STREIFZUG
Zum Überleben sind wir auf Verlässlichkeit angewiesen, „Wahrheit" ist von vitalem Interesse für uns Menschen. Wie aber lässt sich „Wahrheit" definieren, wie abschließend bestimmen? Kaum einem anderen Thema hat sich die europäische Philosophie so beständig gewidmet.
Seite 40–44

EDITORIAL

„Postfaktisch“ lautet das Wort des Jahres 2016. Immer mehr Menschen seien in ihrem Widerwillen gegen „die da oben“ bereit, Tatsachen zu ignorieren und offensichtliche Lügen zu akzeptieren, begründete die Gesellschaft für deutsche Sprache ihre Entscheidung. Das Votum der Briten für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten nach Wahlkämpfen, die von zahlreichen wahrheitswidrigen Behauptungen geprägt waren, sowie Ausmaß und Geschwindigkeit, in der sich sogenannte Fake News in der digital vernetzten Öffentlichkeit verbreiten, zeugen von dieser Entwicklung.

Zwar gehört ein flexibler Umgang mit der Wahrheit seit jeher zur Politik, und in der politischen Philosophie finden sich zahlreiche Ansätze zu der Frage, unter welchen Bedingungen es für Politiker moralisch vertretbar ist, zu lügen. Aber die unverhohlene Art, mit der in jüngerer Zeit auch in Demokratien durch eindeutig falsche Behauptungen und „alternative Fakten“ politisches Kapital geschlagen werden kann, ist alarmierend. Die Basis des Willensbildungsprozesses und damit der demokratischen Legitimität scheint zu erodieren.

Die Beschäftigung mit den Ursachen des Autoritätsverlusts von Fakten und ihrer herkömmlichen Quellen – Wissenschaft und Journalismus – zugunsten „gefühlter Wahrheiten“ rührt an grundlegende Fragen nach den Zusammenhängen von Erfahrung, Wirklichkeit, Wissen und Glaubwürdigkeit. Im Kern geht es um eine der größten und ältesten Fragen der Philosophie: Was ist Wahrheit?

Anne-Sophie Friedel

VERLORENE WIRKLICHKEIT?

An der Schwelle zur postfaktischen Demokratie

Vincent F. Hendricks · Mads Vestergaard

Bevor die Massenführer die Macht in die Hände bekommen, die Wirklichkeit ihren Lügen anzugleichen, zeichnet sich ihre Propaganda durch eine bemerkenswerte Verachtung für Tatsachen überhaupt aus.

Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (1955)

Nach der Amtseinführung Donald Trumps als US-Präsident am 20. Januar 2017 lösten folgende Fragen hitzige Debatten über ganz grundlegende Tatsachen aus: Hatte während seiner Antrittsrede die Sonne zu scheinen begonnen? Und wie groß war die Menge gewesen, die dem Ereignis beiwohnte – größer oder kleiner als 2009 bei Barack Obama?

Donald Trump sagte am Tag nach seiner Amtseinführung während einer Rede in der CIA-Zentrale: „Wir hatten ein riesiges Feld voll mit Leuten. Man sah das. Brechend voll. Heute Morgen stehe ich auf, schalte einen Sender ein, und die zeigen ein leeres Feld. Ich sage: ‚Warte mal: Ich habe eine Rede gehalten. Ich habe hinausgeschaut. Es sah aus wie eine Million, eineinhalb Millionen Menschen.' (…) Der Regen hätte sie verscheuchen können. Doch Gott sah herab und sagte: ‚Wir werden es bei deiner Rede nicht regnen lassen.' (…) Gleich im ersten Satz trafen mich ein paar Tropfen, und ich sagte: ‚Oh, das ist, das ist verdammt schade – aber wir ziehen das durch!' Doch die Wahrheit ist, dass es augenblicklich aufhörte. Es war großartig. Und dann wurde es richtig sonnig – und dann ging ich weg und gleich, nachdem ich fort war, schüttete es. (…) Ehrlich, es sah aus wie eineinhalb Millionen Leute. Egal, wie viele es waren. Aber sie standen bis hinunter zum Washington Monument."[01]

Damit begann Trump seine Präsidentschaft mit leicht nachzuweisenden falschen Tatsachenbehauptungen. Die Fülle an Bildmaterial von der Amtseinführung zeigt zweifelsfrei, dass die Sonne sich während Trumps Antrittsrede zu keinem Zeitpunkt zeigte und die Menge nicht bis zum Washington Monument reichte. Auf Letzteres lassen auch die Passagierdaten der Washingtoner Verkehrsbetriebe schließen.

Bei der Pressekonferenz im Weißen Haus am 21. Januar ging Pressesprecher Sean Spicer jedoch noch einen Schritt weiter. Er griff die Medien wegen „absichtlich falscher Berichte" über die Größe der Menschenmenge an und stellte kategorisch fest: „Das waren die meisten Zuschauer, die jemals eine Amtseinführung miterlebten, Punkt. Sowohl vor Ort als auch weltweit."[02] Rückhalt erhielt er am selben Tag von Trumps Beraterin Kellyanne Conway, die angesichts der Diskrepanz zwischen den öffentlich zugänglichen Beweisen und Spicers Worten von „alternativen Fakten" sprach, die Spicer geliefert habe. Als dieser ein paar Tage später für eine Fragestunde erneut vor die Presse trat, sagte er: „Manchmal können wir [das Weiße Haus] den Tatsachen widersprechen."[03]

Ergibt es überhaupt einen Sinn, Tatsachen zu bestreiten, die leicht zu verifizieren sind, ihnen zu widersprechen oder „alternative Fakten" vorzulegen? Aus logischer Sicht jedenfalls nicht, denn man kann nicht „alternative Fakten" präsentieren, ohne dabei zu lügen oder sich zu irren. Tatsachen sind Tatsachen, sachliche Erklärungen sind entweder richtig oder falsch. Eine alternative Behauptung, die eine den Tatsachen entsprechende Aussage infrage stellt, ist schlicht eine falsche Behauptung. Auch aus erkenntnistheoretischer Sicht kann man nicht einfach Tatsachen widersprechen, ohne sich zu irren. Selbstverständlich lässt sich aber sehr wohl bestreiten, dass es sich um Tatsachen handelt. Ihnen zu widersprechen, bedeutet allerdings, der Wirklichkeit zu widersprechen. Ob wir es abstreiten oder nicht, und ob wir wollen oder nicht: Wenn die Sonne tatsächlich scheint, scheint sie – und zwar nur dann.

Als politische Strategie kann diese zweifelhafte Haltung zu Tatsachen allerdings durchaus sinnvoll erscheinen und mag sogar bereits zu einer erfolgreichen Strategie geworden sein. Denn das genannte Beispiel kann als Symptom einer sich entwickelnden postfaktischen Demokratie gedeutet werden.

POSTFAKTISCHE DEMOKRATIE UND POSTWAHRHEITSPOLITIK

Eine Demokratie befindet sich in einem postfaktischen Zustand, wenn nicht länger Tatsachen und Beweise, sondern opportune Narrative als Grundlage der Meinungsbildung in der öffentlichen Debatte und der Politik dienen. In einer postfaktischen Demokratie haben Tatsachen und deren Belege ihre Autorität verloren. Dann kann es zu politischem Erfolg führen, Fakten zu ignorieren. Dass Politikerinnen und Politiker Irrtümer in die Welt setzen und einen nachsichtigen Umgang mit Wahrheit und Lüge pflegen, ist keineswegs neu.[04] Ein goldenes Zeitalter der Demokratie, in der Politiker ehrlich und authentisch waren, hat es nie gegeben. Politik ist seit jeher ein einigermaßen schmutziges Geschäft, und ein gehöriges Maß an Täuschung und Maskerade gehören dazu – allerdings ohne jemals offen zutage zu treten.[05]

Das Neue an der postfaktischen Demokratie ist, dass man sich nicht mehr die Mühe geben muss, die Lüge zu verstecken oder den „Widerspruch" mit überprüfbaren Tatsachen zu unterfüttern. Wer beim Lügen ertappt wird, muss kaum Konsequenzen fürchten, solange er oder sie diejenigen, die die Lüge offenlegen, erfolgreich beschuldigen kann, selbst zu lügen und nicht vertrauenswürdig zu sein. Werden etwa Medien, die Lügen aufdecken, mit Erfolg als parteiisch gebrandmarkt – zum Beispiel als Teil der Opposition oder einer illegitimen Elite – oder wenn die Wählerinnen und Wähler ihnen selbst nicht trauen, dann zieht der Lügennachweis keinerlei ernsthafte Konsequenzen im Sinne eines Rückschlags in der politischen Karriere oder im Ansehen des Lügners nach sich. In der postfaktischen Demokratie scheint es nur noch zweitrangig zu sein, sich im Einklang mit den Tatsachen zu bewegen.

Die Diagnose des Postfaktischen verweist auf dasselbe Phänomen wie der Begriff der „Postwahrheit", wie ihn die Oxford Dictionaries definieren: „Bezieht sich auf und beschreibt Umstände, in denen objektive Tatsachen einen geringeren Einfluss auf das Zustandekommen öffentlicher Meinungen haben als Appelle an das Gefühl oder persönliche Ansichten."[06] Wir ziehen im hier dargestellten Zusammenhang den Begriff des Postfaktischen vor, da er die kontroverse philosophische Frage nach der Wahrheit nicht berührt, die im Falle kognitivistischer metaethischer Positionen auch Fragen nach normativer Wahrheit umfassen kann.[07] Das Postfaktische bezeichnet die faktische Wahrheit im engeren Sinn: eine Wahrheit, über die durch herkömmliche Quellen wie sinnliche Erfahrung, Wissenschaft, aber auch Journalismus entschieden wird, je nachdem, um welche Tatsachen es sich handelt.

Wenn die Arbeitsteilung zwischen politischen Akteuren und den Quellen von Tatsachen infrage gestellt wird, Fakten nicht mehr als gegeben akzeptiert werden und selbst Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden, wenn also solide, überprüfbare Fakten politisiert werden, um der politischen Logik einer parteiischen Auseinandersetzung zu folgen, gibt es für die politische Debatte keinen echten Fixpunkt mehr. Tatsachen werden zu Rosinen, die man sich herauspickt, wenn sie einer politischen Position oder einer Parteilinie entsprechen. Nicht nur Meinungen werden gewählt, sondern auch Fakten.[08]

01 Jon Sharman, Donald Trump: All the False Claims 45th President Has Made Since His Inauguration, 23.1.2017, www.independent.co.uk/-a7541171.html.

02 Sean Spicer, zit. nach Matt Ford, Trump's Press Secretary Falsely Claims: „Largest Audience Ever to Witness an Inauguration, Period", 21.1.2017, www.theatlantic.com/politics/archive/2017/01/inauguration-crowd-size/514058.

03 David Smith, Sean Spicer Defends Inauguration Claim, 23.1.2017, www.theguardian.com/us-news/2017/jan/23/sean-spicer-white-house-press-briefing-inauguration-alternative-facts.

04 Siehe dazu auch den Beitrag von Stefan Marschall in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

05 In den Worten des Philosophen Niccolò Machiavelli: „Wenn es manchmal notwendig ist, Tatsachen mit Worten zu verbergen, sollte dies so geschehen, dass man es nicht erkennt; wird es aber entdeckt, so sollte eine Verteidigung zur Hand sein.", in: The Historical, Political, and Diplomatic Writings of Niccolò Machiavelli, Bd. 4: Diplomatic Missions 1506–1527, Boston 1882, S. 422.

06 Neil Midgley, Post truth, in: Oxford Dictionaries, Oxford 2017, en.oxforddictionaries.com/definition/post-truth.

07 Siehe auch den Beitrag von Petra Kolmer in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

08 Vgl. Farhad Manjoo, True Enough: Learning to Live in a Post-Fact Society, New Jersey 2008.

Selbst die Frage, ob die Sonne scheint oder nicht, ist in diesem extremen Szenario abhängig von der politischen Meinung. Wenn alles politisch ist, ist alles relativ – und die tatsächliche Wirklichkeit hat die Bühne der Politik verlassen. Das ist der Beginn der postfaktischen Demokratie.

MEDIENLANDSCHAFT OHNE TORWÄCHTER

Das Postfaktische wird stark durch das Medienumfeld gefördert. Erst jüngst zeigte eine Analyse des US-amerikanischen Medienunternehmens Buzzfeed zur derzeitigen politischen Debatte in digitalen Medien in Deutschland, wie rasch und wie weit sich sogenannte Fake News und Verschwörungstheorien im Netz verbreiten.[09] Negative Geschichten über Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihre Einwanderungspolitik und deren Konsequenzen führten Ende 2016 vor allem auf Facebook zu einer Fülle an Reaktionen und Kommentaren. Ob sie den Tatsachen entsprachen, schien für den Grad der ihnen geschenkten Aufmerksamkeit und ihre Verbreitung keine große Rolle zu spielen – im Gegenteil: Zu den Geschichten, die 2016 die meisten Facebookaktivitäten nach sich zogen, gehörten gegenstandslose Zuschreibungen psychischer Probleme, Verschwörungsszenarien zu Merkels angeblicher Kontrolle über Massenmedien wie das ZDF und eine Falschmeldung mit einem Foto, das Merkel beim Selfiemachen mit einem der Terroristen hinter den Brüsseler Anschlägen im März 2016 „zeigte".[10]

Die Ergebnisse dieser Analyse entsprechen dem Befund einer wissenschaftlichen Untersuchung von 2015, demzufolge unbegründete Verschwörungsbehauptungen zeitlich und dem Umfang nach genauso stark kursieren, Aufmerksamkeit erhalten und nachhallen wie überprüfbare Tatsacheninformationen.[11] Für das Verbreitungspotenzial im Netz ist Faktizität zweitrangig. Im Umfeld der neuen Onlinemedien scheinen Gerüchte, Falschmeldungen und fingierte Geschichten gut zu gedeihen und lange zu leben. Bei der Wahrheit zu bleiben, gehört nicht zu den notwendigen Bedingungen für eine große Resonanz von Medieninhalten. Aufgeblähte Onlineaufmerksamkeit kann sich jedoch real auf die demokratische Debatte, die Meinungsbildung und die politische Landschaft auswirken – selbst wenn haltlose Inhalte als solche entlarvt werden.[12]

Mit dem Internet, der Digitalisierung und den sozialen Medien hat sich die Medienlandschaft dramatisch verändert. Traditionelle Medienanstalten haben ihr Monopol der Informationsverbreitung verloren. Konventionelle Torwächter für Informationen und Faktenwissen, also Journalistinnen und Redakteure, haben große Teile ihrer Macht eingebüßt. Das wurde zunächst als Demokratisierung der Medien gefeiert, denn die neuen digitalen und vernetzten Medien haben es möglich gemacht, ohne viel Aufwand Medieninhalte und Informationen auf Onlineplattformen und in sozialen Medien zu veröffentlichen, sodass heute jeder Einzelne ein Knotenpunkt der vernetzten Öffentlichkeit ist und dort eigene Meinungen äußern kann.[13]

Optimistischen Hoffnungen zum Trotz zeigen empirische Studien jedoch, dass die Aufmerksamkeit keineswegs gleichmäßiger unter den Informationsquellen verteilt ist als zu Zeiten, in denen Massenmedien de facto noch über das Monopol der Informationsverbreitung verfügten. Die Aufmerksamkeit verteilt sich nach Machtregeln.[14] Einige wenige große Vertriebskanäle und Onlineplattformen erhalten den Großteil der Aufmerksamkeit und bestimmen die Agenda. Diese Entwicklung hat die Rolle eines Torwächters und Informationsfilters untergraben, die der professionelle Journalismus innehatte.

Professionelle Journalisten und Redakteure folgen bei ihrer Arbeit ethischen Grundsätzen und Qualitätsrichtlinien. So hält etwa die Gesellschaft professioneller Journalisten in den USA die öffentliche Aufklärung für das umfassende demokratische Ziel ihrer Zunft und nennt

09 Vgl. Alberto Nardelli/Craig Silverman, Hyperpartisan Sites And Facebook Pages Are Publishing False Stories And Conspiracy Theories About Angela Merkel, 14.1.2017, www.buzzfeed.com/albertonardelli/hyperpartisan-sites-and-facebook-pages-are-publishing-false.

10 Vgl. ebd.

11 Vgl. Marton Karsai et al., Collective Attention in the Age of (Mis)Information, in: Computers in Human Behaviour 51/2015, S. 1198–1204.

12 Vgl. Emily Thorson, Belief Echoes: The Persistent Effects of Corrected Misinformation, Philadelphia 2013.

13 Vgl. etwa Yochai Benkler, The Wealth of Networks, New Haven–London 2006.

14 Vgl. James G. Webster, The Marketplace of Attention, Cambridge MA 2014.

eine Reihe von Prinzipien, die Journalisten befolgen sollen, wenn sie dieser Aufgabe gerecht werden wollen. Die Wahrheit zu suchen, sie zu überprüfen und fair und akkurat darüber zu berichten, steht an oberster Stelle.[15] Nun müssen aber politische Akteure aller Art, Bürgerinnen und Bürger sowie Aktivisten, aber auch anonyme Zyniker mit dem einzigen Ziel, durch Aufmerksamkeit zu Geld, Macht oder Ansehen zu kommen, nicht mehr über die Medienanstalten gehen und vorbei an journalistischen Torwächtern. Das Resultat: Bei der Verbreitung durch soziale Transmission überholen Fake News überprüfte Ereignisberichte.

AUFMERKSAMKEIT UM JEDEN PREIS

Hinzu kommt das Ungleichgewicht zwischen der überwältigenden Menge an verfügbaren Informationen und der begrenzten Aufmerksamkeit, das dem Postfaktischen ebenfalls Vorschub leistet. Im Informationszeitalter ist die Masse an zugänglichen Daten schlicht unvorstellbar. Individuen verfügen täglich aber nicht über unendlich viel Zeit und intellektuelle Kapazität.[16] Gleiches gilt für die Makroebene: Die Agenda eines Gemeinwesens ist beschränkt. Die kumulierte Aufmerksamkeit individueller politischer, medialer oder ziviler Akteure hat Grenzen, ebenso die Fähigkeit des politischen Systems als solches, Informationen aufzunehmen. Auch die großen medialen Nachrichtenkanäle haben jeden Tag ein limitiertes Programm. Diese Kapazitäten stecken die Grenzen ab, innerhalb derer die verbreiteten Informationen kursieren, sowie dafür, was öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfährt.

Die Aufmerksamkeitsknappheit macht die Informationsselektion zum entscheidenden Moment. Ob individuelle Akteure sachgemäß informiert sind, hängt davon ab, wie sie ihre Aufmerksamkeit einsetzen: Wer sie auf unzuverlässige Informationen und aus erkenntnistheoretischer Sicht bedenkliche Quellen wie konspirative, pseudowissenschaftliche, politische oder religiöse Propagandaplattformen richtet, wird weniger sachlich informiert, als wenn er Fakten und Informationen aus zuverlässigen Quellen bezieht. Gleiches gilt für Akteure, die statt politisch relevanter Informationen Unterhaltungsmedien konsumieren. Wer die Aufmerksamkeit auf die Sportseiten richtet, liest in dieser Zeit keinen politisch relevanten oder informativen Zeitungsartikel. Informationsselektion führt auch zu Echokammern und Filterblasen sowie zur daraus unter Umständen resultierenden gesellschaftlichen Fragmentierung. Solche Phänomene sind zum Teil also tatsächlich als Ausdruck von (suboptimaler) Aufmerksamkeitsverteilung zu verstehen.[17]

Für die sachliche Qualität des öffentlichen Diskurses ist die Qualität der verbreiteten Information ausschlaggebend. Erhalten politisch unbedeutende Themen, unbrauchbare Belege und einseitige Berichte große Aufmerksamkeit, dann erfahren relevante Beiträge und fundierte Informationen gegebenenfalls nicht genügend Interesse, um den demokratischen Diskurs mit ausreichenden Kenntnissen zu unterfüttern. Umgekehrt dominieren auf diese Weise Narrative statt Tatsachen die öffentliche Agenda, Meinungen statt Kenntnisse, Stereotype statt repräsentative Beispiele, politische Blasen statt politische Substanz. Eine Folge ist der postfaktische demokratische Diskurs – in dem Fakten und Belege von zweitrangiger Bedeutung sind, da sie, verglichen mit unsachlichen Narrativen, nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten.

Aufmerksamkeit steht aber nicht nur in begrenztem Maß zur Verfügung – sie ist zugleich äußerst gefragt und gerade im Netz das wertvollste Gut. Medienanstalten und -akteure buhlen um Aufmerksamkeit in Form von Leserinnen, Zuhörern, Betrachterinnen und „Klicks" und investieren immense Summen in Werbung und Marketing. Aufmerksamkeit ist ihre Währung, und als „Aufmerksamkeitshändler" im Netz lässt sich sehr viel Geld verdienen.[18] Das Ergebnis ist ein ökonomischer Anreiz, auf allen nur erdenklichen Wegen Aufmerksamkeit zu erzeugen. In finanzieller Hinsicht ist die Sachlichkeit von Information dabei nicht von Belang. Ein

15 Vgl. Society of Professional Journalism, Code of Ethics, Indianapolis 2014, www.spj.org/ethicscode.asp.

16 Vgl. Herbert A. Simon, Designing Organizations for an Information-Rich World, in: Martin Greenberger (Hrsg.), Computers, Communications, and the Public Interest, Baltimore 1971, S. 38–52.

17 Vgl. Vincent F. Hendricks/Pelle G. Hansen, Infostorms, New York 2016.

18 Vgl. Tim Wu, The Attention Merchants, New York 2016.

Klick ist ein Klick und lässt sich in Euros und US-Dollar einlösen. Die Produktion von Fake News wird in dieser Umgebung zum zukunftsträchtigen Geschäftsmodell. Wenn die Öffentlichkeit zum Aufmerksamkeitsmarkt wird und das virale Narrativ zum Goldesel, kann es für politische Akteure erfolgreich sein, auf Polarisierung zu setzen.

VIRALE NARRATIVE ALS POLITISCHE STRATEGIE

So zeichnet sich etwa der Populismus, der derzeit in vielen westlichen Demokratien immer mehr Wählerinnen und Wähler mobilisieren kann, durch den Gebrauch ausgrenzender und polarisierender Narrative aus. Seine Argumentationsmuster folgen dem Schema „Wir gegen die Anderen", das in der gegenwärtigen Medienlandschaft regelrecht darauf zugeschnitten ist, Aufmerksamkeit zu erregen und Themen zu setzen.

Populisten behaupten, sie – und nur sie allein – vertreten den wahren Willen des Volkes.[19] Konzeptionell teilen sie zum einen die Bevölkerung in das „echte Volk" und die „Anderen" auf und zum anderen die politischen Akteure in Repräsentantinnen und Repräsentanten des „echten Volkes" und der „Anderen". Mit den „Anderen" können Einwanderer gemeint sein, die angeblich nationale Sicherheit, Identität und Werte bedrohen, oder auch politische Eliten in Brüssel oder Washington, die „das Volk" hintergehen. Der Begriff kann aber auch auf die etablierten Massenmedien zielen, die regelmäßig beschuldigt werden, die Wahrheit zu verbergen, um das Volk zum Schweigen zu bringen. Wer gegen die Populisten ist, so das Metanarrativ, ist gegen das Volk und entbehrt daher einer demokratischen Legitimität.

Diese narrative Struktur des „Wir gegen die Anderen" erzeugt effektiv Empörung, Wut und Angst. Berichte, die solchen Gefühlen Vorschub leisten, haben eine starke Tendenz, sich auszubreiten, und erzeugen daher große Aufmerksamkeit.[20] Stimmungslagen aus negativen Empfindungen wie Wut und Angst in Kombination mit positiven Gefühlen der Ehrfurcht und Faszination motivieren zum Handeln, anders als etwa Trauer oder Geborgenheit, die als Gefühle gelten, die Aktivität hemmen. In einer Onlineumgebung bedeutet Handeln auch Teilen, Retweeten, Liken und andere Aktivitäten, die die Verbreitung von Medieninhalten beschleunigen. Wer möchte, dass sich ein Content viral verbreitet, muss also auf Verärgerung und/oder Beängstigung setzen. Ob dabei Tatsachen und die dazu verfügbaren relevanten Fakten adäquat wiedergegeben werden, ist für die politischen Auswirkungen nachrangig.

Es wird hier nicht behauptet, populistische Narrative und Kommunikation hätten keinerlei Realitätsbezug. Bürgerinnen und Bürger, die Populisten unterstützen, können aus guten Gründen empört oder besorgt sein, die auf harten Tatsachen wie etwa wachsender Ungleichheit basieren. Für sich genommen, können zahlreiche Fakten und Nachrichten die Position der Populisten stützen. Doch gehört es zum Populismus, zu vereinfachen und einzelne Tatsachen sowie Randaspekte und -informationen im Sinne der Dichotomie „Wir gegen die Anderen" herauszugreifen. Häufig werden dabei Fakten durch Stereotype und die Komplexität kausaler Beziehungen durch die Benennung von Schuldigen ersetzt.

Diese Art der politischen Kommunikation bleibt durchaus nicht allein Populisten vorbehalten.[21] Ihr ideologischer Antipluralismus lässt sie allerdings viel unbefangener auf solche klar umrissenen Narrative zurückgreifen, die entlang der Ausgrenzung des stereotypisierten „Anderen" strukturiert sind, als politische Akteure, die Grundwerte der liberalen Demokratie wie Pluralismus und Individualismus hochhalten. Durch den selektiven Gebrauch von Fakten und vereinfachende Schuldzuweisungen, die sich beide hervorragend für die massenhafte Verbreitung eignen und als Aufmerksamkeitsmagnet wirken, kann der Populismus gerade zur gewinnenden politischen Strategie in der postfaktischen Demokratie werden. In diesem Fall steht die Demokratie vor einer tiefen Krise.

(POST-)FAKTIZITÄT UND DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT

Wenn auch in einer postfaktischen Demokratie der Populismus mit der Behauptung gedeihen mag, ihm widersprechende Meinungen und Par-

19 Vgl. Jan-Werner Müller, What is Populism?, Philadelphia 2016.

20 Vgl. hier und im Folgenden Jonah Berger, What Makes Online Content Viral?, in: Journal of Marketing Research 2/2012, S. 192–205.

21 Vgl. Claudia Alvares/Peter Dahlgren, Populism, Extremism and Media, in: European Journal of Computing 1/2016, S. 46–57.

teien entbehrten der demokratischen Legitimität, so kann die Legitimität der postfaktischen Demokratie doch selbst infrage gestellt werden. Zwar kommt je nach Demokratiemodell der Wahrhaftigkeit der verbreiteten Informationen mit Blick auf die Frage der demokratischen Legitimität ein unterschiedlicher Stellenwert zu. Aber in jedem Fall untergräbt der Mangel an Faktizität die demokratische Legitimität.

So müssen in deliberativen Demokratien legitime politische Entscheidungen einen Prozess rationaler Beratung in der Öffentlichkeit und im Parlament durchlaufen. Von den Bürgerinnen und Bürgern wird erwartet, dass sie sich eine sachlich informierte Meinung bilden und rational motivierte Haltungen zu politischen Vorschlägen entwickeln.[22] Eine auf sachlichen Informationen beruhende Deliberation stellt eine notwendige Bedingung für demokratische Legitimität dar. In der postfaktischen Demokratie, in der Fakten in der politischen Auseinandersetzung zwischen politischen Lagern untergehen, ist die deliberative Legitimität nicht zu erreichen, da das unabdingbare Kriterium des rationalen Diskurses nicht erfüllt wird.

Weniger anspruchsvolle Demokratiekonzepte sehen den Kern der Demokratie im Prozess einer friedlichen Zusammenführung von Einzelinteressen. Ohne jeglichen Bezug zu Tatsachen oder Wahrheiten geraten diese Demokratievorstellungen jedoch in Konflikt mit dem, was der Prozess der Wahl sicherstellen soll: eine verantwortungsvolle Regierungsführung bei Gewaltenteilung und einem System von *checks and balances*.

Minimalistischen Demokratietheorien zufolge speist sich die demokratische Legitimität aus der Fähigkeit des Volkes, seine Repräsentanten in einem fairen Verfahren zu wählen. Wahlen stellen den Mechanismus dar, der Regierungen und Regierende verantwortlich macht und gegebenenfalls auf friedlichem Wege ersetzt. Doch ohne ein Minimum an korrekter und wahrheitsgemäßer Sachinformation ist es unmöglich, die Leistungsfähigkeit einer Regierung zu kennen und zu beurteilen. Wenn die Beurteilung von Politik selbst eine Sache der Politik wird, geht die Tatsachenbasis verloren, auf deren Grundlage sich beurteilen lässt, ob eine Politik gut oder überhaupt funktioniert. Umgekehrt kann eine Politik, die von der Wirklichkeit losgelöst ist, unmöglich reale Probleme angehen und effektive Lösungen entwickeln. Notwendige Bedingung demokratischer Legitimität ist daher ein Minimum an Faktizität.

AUTORITÄT DEN FAKTEN

Fakten gebührt in einer Demokratie also Autorität – und damit auch den Instanzen, die mit verlässlichen Methoden Faktenwissen produzieren und vermitteln: Wissenschaft und Journalismus. In einer Demokratie, in der Fakten respektiert werden, ist die erkenntnistheoretische Autorität in Tatsachenfragen an diese Akteure delegiert.

Das bedeutet indes nicht, dass Expertinnen und Experten immer Recht haben oder dass das, was zu einem bestimmten Zeitpunkt als Tatsache gilt, sich nicht ändern kann. Sich auf Fakten zu verständigen, ist häufig qualvoll. Wissenschaft funktioniert nicht nach absoluter, kartesianischer Sicherheit, sie ist immer auch ein historisches, kulturelles und gesellschaftliches Unterfangen.[23] Sowohl der Journalismus als auch die Wissenschaft können irren und bringen bisweilen falsche Annahmen, unzulängliche Theorien und unbrauchbare Beweise hervor. Aber mehr und besserer Journalismus und weiterführende Forschung müssen diese Fehler korrigieren können. Daher besteht auch ein großer Unterschied zwischen der Ablehnung von Wissenschaft und Journalismus als unseriöse Arme der Elite einerseits und der Kritik an schlechter Wissenschaft und schlechtem Journalismus aus den eigenen Reihen andererseits. So gelang es etwa Klimaskeptikern größtenteils nicht, der Begutachtung durch andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen eines *Peer-review*-Prozesses standzuhalten, um ihre „Ergebnisse" in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlichen zu können.

Die Demokratie, die Fakten Autorität einräumt, ist allerdings keine Technokratie. Wissenschaft ist nicht unfehlbar und liefert keine normativen Regeln dafür, was individuell oder kollektiv getan werden sollte. In einer Demokratie gibt es unterschiedliche Visionen für ein gutes Leben und die Gesellschaft, und es herrscht eine Vielfalt an kulturellen Traditionen, moralischen Standpunkten und religiösen Doktrinen. Man vergesse

22 Vgl. Jürgen Habermas, Political Communication in Media Society, in: Communication Theory 16/2006, S. 411–426.

23 Siehe auch den Beitrag von Peter Weingart in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

den antiken Gedanken, platonische Philosophenkönige sollten herrschen, da sie die eine „Wahrheit“ kennen – in der Demokratie ist die fundierte Meinungsverschiedenheit eine *conditio sine qua non.* Demokratie heißt Pluralismus.

Doch wenn in politischen Debatten sachbezogene Fragen auftauchen, kommt es auf Fakten an, die aus verlässlichen Quellen und durch solide Methoden erhoben wurden. Es muss eine Teilung geben zwischen der geistigen und der deliberativen Arbeit – ähnlich der zwischen Tatsachen und Werten. Nur durch eine solche Arbeitsteilung und durch die Berücksichtigung des Unterschieds zwischen Tatsachen und Werten, wenn also Fakten, die durch solide und modernste Untersuchungsmethoden erhoben wurden, nicht selbst zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen werden, ist es möglich, einen rationalen und transparenten Dialog zu führen, der die Grundlage für aufgeklärte kollektive Entscheidungen und demokratische Kontrolle schafft. Wenn Tatsachen politisiert werden, leben wir im Postfaktischen, wenn Politik auf Sachfragen und Expertenlösungen reduziert wird, enden wir in einer Technokratie. Beide Extreme untergraben die Demokratie.

Übersetzung aus dem Englischen:
Kirsten E. Lehmann, Köln.

VINCENT F. HENDRICKS
ist Professor für Philosophie und leitet das Center for Information and Bubble Studies der Universität Kopenhagen, Dänemark.
vincent@hum.ku.dk

MADS VESTERGAARD
ist Doktorand am Center for Information and Bubble Studies der Universität Kopenhagen, Dänemark.
m.vestergaard@hum.ku.dk

FACHTAGUNG

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Aussiedlung
Beheimatung
Politische Teilhabe

Deutsche aus Russland in Wechselwirkung
mit russischsprachigen Gruppen in Deutschland

Berlin, 29. – 30. März 2017
Auditorium Friedrichstraße, Quartier 110
Friedrichstraße 180, 10117 Berlin

Weitere Informationen
www.bpb.de/tagung-aussiedlung

„WAHRES WISSEN" UND DEMOKRATISCH VERFASSTE GESELLSCHAFT

Peter Weingart

Die derzeit verbreitete Rede vom „postfaktischen Zeitalter" bezieht sich unter anderem auf die Beobachtung, dass vor allem Vertreterinnen und Vertreter populistischer Parteien sich bei ihren Äußerungen nicht mehr an Fakten halten, sondern sich über etabliertes Wissen hinwegsetzen und bisweilen auch schlicht lügen. Das reicht von der Leugnung ihrer eigenen Aussagen aus der Vergangenheit, die sich leicht belegen lassen, bis zur Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse wie des anthropogenen Klimawandels, die nicht ganz so einfach zu überprüfen sind. Darüber hinaus verunglimpfen sie die Medien, sprechen von einer Verschwörung der „Lügenpresse" und unterminieren damit die Glaubwürdigkeit einer für die Demokratie zentralen Institution. Zugleich gerieren sie sich als Verteidiger demokratischer Rechte wie der freien Meinungsäußerung und fordern mehr „direkte" Demokratie. Mit diesem Verhalten mobilisieren sie zahlreiche Wählerinnen und Wähler.

Was ist in unsere Gesellschaft gefahren, dass sie Journalisten und Wissenschaftlerinnen nicht mehr vertraut und anfällig für Rattenfänger geworden ist? Diese Frage stellt sich umso eindringlicher vor dem Hintergrund, dass Sozialwissenschaftler vor nicht allzu langer Zeit den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verkündet haben.[01] In der Wissensgesellschaft zählt Wissen als wichtigste Produktivkraft: Wissenschaftliches Wissen, also „wahres" beziehungsweise verlässliches Wissen, ist von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Tatsächlich zeigt die Beunruhigung über den sich verbreitenden Populismus und Antiintellektualismus zweierlei: Zum einen hat die moderne Wissenschaft und die mit ihr einhergehende Rationalität in den modernen Gesellschaften seit der Aufklärung eine immer größere Autorität als Institution erlangt – sonst würde die Leugnung von „Fakten" nicht auf derart heftige Reaktionen stoßen. Zum anderen ist man sich der Fragilität der Demokratie bewusst. Zwar gilt die Demokratie als die beste aller Regierungsformen, weil sie den Gefahren des Machtmissbrauchs am effektivsten entgegenwirkt und den Interessenausgleich aller Mitglieder einer Gesellschaft am erfolgreichsten zu gewährleisten vermag. Das urdemokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung hat allerdings, wenn es in größeren Gemeinschaften realisiert wird, eine Schwäche: Es ist anfällig für Emotionalisierung, Skandalisierung, kurz: für Propaganda und darauf gründende Ad-hoc-Entscheidungen.

Unter anderem um dieser Gefahr zu begegnen, ist das Konzept der repräsentativen Demokratie entwickelt worden, das heute für fast alle modernen Demokratien konstitutiv ist. Die Wahl von Repräsentantinnen und Repräsentanten, die in Parlamenten über die anfallenden politischen Fragen entscheiden, wirkt als moderierender Mechanismus. Entscheidungen werden auf ihre Akzeptabilität unter den im Parlament vertretenen Gruppierungen geprüft, aber zugleich auch auf ihre Voraussetzungen und ihre vorhersehbaren Folgen, soweit es das verfügbare Wissen erlaubt. Politik legitimiert sich also nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch ihre Rationalität. Widerspricht sie eklatant empirischer Evidenz, wird das entweder beim nächsten Urnengang oder durch einen obersten Gerichtshof sanktioniert.

Das Problem dabei ist, dass in vielen Fällen nicht mit Sicherheit gesagt werden kann, was die Evidenz wirklich ist. So stellt sich die nächste Frage: Was ist „wahres Wissen" und wie kommt die Gesellschaft zu „wahrem Wissen"?

KLEINE GESCHICHTE DES „WAHREN WISSENS"

Mit der modernen Wissenschaft, die ihre erste dauerhafte organisatorische Prägung 1660 mit der Gründung der britischen Royal Society erhielt, etablierte sich das Prinzip, dass als „wahres Wissen" nur gelten sollte, was durch Beobachtung und/oder Experiment, also empirisch, bestätigt wur-

de. Ferner sollten Wahrheitsbehauptungen unter Forschern offen vertreten und diskutiert werden, und es sollte kein Gesichtsverlust sein, dabei von den Kollegen widerlegt zu werden.

Damit wurde die Dominanz der scholastischen Philosophie mit ihrem Fokus auf Begriffsdeutungen und Argumentationen abgelöst. In der Scholastik galt als sicherste Form des erreichbaren Wissens das aus allgemeinen Prinzipien logisch sauber hergeleitete Ergebnis. Beobachtungen wurde hingegen misstraut, da sie Täuschungen unterliegen konnten. Die Wissenschaft der Scholastik litt letztlich unter der Unabschließbarkeit der Diskussionen, da es keinen Mechanismus gab, der die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten ermöglichte.

Die Frage, wie „wahres Wissen" zu erlangen sei, hatte zwar schon die antiken Philosophen beschäftigt, wurde mit der Entstehung der modernen Wissenschaft aber zum zentralen Gegenstand der Wissenschaftsphilosophie.[02] Unter den vielen im Laufe der Zeit entwickelten Antworten seien im Folgenden die wichtigsten genannt.

Wesensergründung, Beobachtung, Skepsis

Die sogenannte Korrespondenztheorie der Wahrheit wird schon Aristoteles zugeschrieben, hielt sich bis ins 19. Jahrhundert und wurde noch in den 1920er und 1930er Jahren von Mitgliedern des Wiener Kreises vertreten. Sie sieht Wahrheit als Übereinstimmung des erkannten Objekts mit einer Vorstellung des erkennenden Subjekts. Diese Erläuterung des Wahrheitsbegriffs stieß stets auf die Schwierigkeit, dass sich die Übereinstimmung nicht aus einer neutralen Perspektive prüfen lässt. Als erkennende Subjekte sind wir immer nur mit unseren eigenen Vorstellungen bekannt, nicht aber mit den Objekten selbst. Die Korrespondenztheorie der Wahrheit führt also nicht zu einem Kriterium für die Entscheidung über bestimmte Wahrheiten.

Für die Wissenschaften stellt sich dieses Problem in verschärfter Form. Denn selbst wenn einfache objektive Verhältnisse, zum Beispiel „Der Uhrzeiger steht jetzt auf drei", verlässlich festgestellt werden können und entsprechend Korrespondenz begründet angenommen werden kann, so gilt das nicht für komplexere theoretische Sätze der Wissenschaft. Dass sich etwa Elektronen im magnetischen Feld in Spiralbahnen um die Feldlinien bewegen, entzieht sich dem Augenschein. Für die Ermittlung einer Korrespondenz zwischen Beobachtungen und Weltzuständen gibt es dann keine einfachen Regeln.

Aus solchen Schwierigkeiten zieht die Kohärenztheorie der Wahrheit den Schluss, dass Vorstellungen nicht mit Tatsachen, sondern Aussagen nur mit Aussagen verglichen werden können. Wahrheit stellt sich als Kohärenz dar, also als Widerspruchsfreiheit und wechselseitige Stützung von Aussagen. Der Philosoph Nicholas Rescher geht davon aus, dass die Wissenschaft als Ganzes ein kohärentes System von Aussagen über die Welt ist und als solches weiterentwickelt wird. Neue Erkenntnisse müssen sich in den Zusammenhang der anerkannten Aussagen einfügen, dürfen diesen nicht widersprechen und ohne Verbindung zu diesen bleiben.[03]

Eine wieder andere Sichtweise findet sich beim frühen Karl Popper, demzufolge Urteile über wissenschaftliche Sätze sich in erster Linie auf die Ermittlung ihrer Falschheit stützen. Für wissenschaftliche Theorien gilt, dass sie falsifizierbar sind, also durch empirische Gegenbeispiele widerlegt werden können. Falsifizierbarkeit ist für Popper notwendige Vorbedingung für Wissenschaftlichkeit: Nur Theorien, die sich empirisch widerlegen lassen, sind wirklich wissenschaftlich. Ein Wahrheitsbegriff ist deshalb für die Logik der Forschung entbehrlich.[04]

Diese bislang kursorisch genannten „Wahrheitstheorien" lassen sich in eine Entwicklung stellen, in der wissenschaftliche Wahrheit beziehungsweise wahre Erkenntnis zunächst durch die Ergründung der inneren (Wesens-)Eigenschaften der erkannten Objekte, sodann im Vertrauen auf einfache Beobachtung gesucht wurde, bis dieses Streben schließlich in eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Möglichkeit der Erkenntnis von Wahrheit durch das erkennende Subjekt mündete, also den Menschen. Diese Entwicklungslinie bezieht sich auf die Abfolge von wissenschaftstheoretischen Positionen in der Philosophie.

01 Vgl. Daniel Bell, The Coming of Post-Industrial Society, New York 1973; Gernot Böhme/Nico Stehr, Knowledge Society, Dordrecht 1986; Robert E. Lane, The Decline of Politics and Ideology in a Knowledgeable Society, in: American Sociological Review 5/1966, S. 649–662.

02 Siehe auch den Beitrag von Perta Kolmer in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

03 Vgl. Nicholas Rescher, The Coherence Theory of Truth, Oxford 1973.

04 Vgl. Karl Popper, Logik der Forschung, Tübingen 1934.

Doch befasst sich die Philosophie mit Begriffen, Theorien, logischen Zusammenhängen und hat die konkrete Gesellschaft nicht im Blick.

Ende der objektiven Wahrheit

Das änderte sich mit dem Wissenschaftsphilosophen Thomas Kuhn. Im Unterschied zu den bis dahin vielfach akzeptierten Auffassungen, dass die Wissenschaftsgeschichte eine fortschreitende Kumulation von Tatsachen und Theorien sei, die der Wahrheit immer näher kommen, beschrieb er sie als eine Abfolge von Phasen der „normalen" Wissenschaft und wissenschaftlicher Revolutionen.[05] Im Zuge der normalen Wissenschaft werden zentrale Fragestellungen beziehungsweise theoretische Programme, sogenannte Paradigmen, durch Routineforschung abgearbeitet. Die Ergebnisse der empirischen Forschung lassen sich in das Paradigma einordnen und verfeinern es fortlaufend. An einem bestimmten Punkt jedoch komme es zu Entdeckungen, für die das nicht mehr gelte. Sie stellen das Paradigma infrage, und nach und nach wachse die Zahl der Wissenschaftler, die unter dem Eindruck der neuen Entdeckungen und der dadurch entstehenden Widersprüche dem alten Paradigma nicht mehr trauen. Sie wenden sich ab, es komme zur „Revolution" und schließlich zur Formulierung eines neuen Paradigmas.

Revolutionär sei diese Entwicklung sowohl in epistemologischer als auch in „sozialer" Hinsicht. Epistemologisch, weil das neue Paradigma sich zum alten inkommensurabel verhalte, es also keine Möglichkeit gebe, Erkenntnisse und Theorien des alten in das neue zu überführen. Sozial, weil sich der Paradigmenwechsel nicht als ein Prozess der Überzeugungsänderung abspiele, sondern als ein Sieg der Anhängerschaft des neuen über die des alten Paradigmas. Eine Gemeinschaft von Wissenschaftlern erlange über eine andere die Definitionsgewalt.

Bezeichnenderweise definierte Kuhn wissenschaftliche Gemeinschaften über die Selbstzurechnung zu Paradigmen, ebenso wie er umgekehrt Paradigmen über solche Communities definierte. Die Selbstzurechnung zu einem bestimmten Paradigma verweise zum einen auf den Umstand, dass das Paradigma für verbindlich gehalten werde und ihm gleichsam normative Kraft zukomme, zum anderen auf den fragmentierten Charakter „wahren Wissens". Die Rückbindung der Paradigmen an soziale Gruppen und an Prozesse der vermeintlich autoritativen Erlangung von Dominanz war in der Wissenschaftstheorie selbst eine Revolution, insofern als die zuvor rein wissenschaftstheoretisch behandelte Frage, wie „wahres Wissen" entsteht, nunmehr auch soziologische Erklärungen zuließ.

Kuhns Wissenschaftstheorie markierte das Ende des Ideals der objektiven Wahrheit. Zugleich gab Kuhn auch die Vorstellung auf, der Erkenntnisprozess bewege sich kontinuierlich auf die Wahrheit zu. Der Wechsel von Paradigmen lässt keine Entwicklungsrichtung der theoretischen Vorstellungen hin zu einer klar umrissenen Vorstellung der Wirklichkeit erkennen. Wissenschaft wird von der Verbesserung der vorliegenden Theorieansätze getrieben und nicht vom Streben nach einer immer besseren Erkenntnis der Wirklichkeit. Es überrascht deshalb nicht, dass Kuhn als Relativist gescholten wurde.

Unter den vielen Reaktionen auf Kuhns Theorie sticht die der sogenannten Realisten als die wirkmächtigste hervor. Der Wissenschaftstheoretiker Ernan McMullin definiert den wissenschaftlichen Realismus gemäß seiner Grundannahme, dass der langfristige Erfolg einer wissenschaftlichen Theorie Anlass gibt, an die Existenz der von der Theorie behaupteten unbeobachtbaren Objekte und ihrer Beziehungen zu glauben. Die infrage stehende Theorie muss also über einen längeren Zeitraum erfolgreiche Voraussagen erlauben. Es wird aber keine letztendliche Beweisbarkeit der theoretisch postulierten Sachverhalte angenommen.[06]

Alles konstruiert?

Neben dem wissenschaftlichen Realismus entwickelte sich mit dem Konstruktivismus eine weitere Diskussionslinie. Diese Richtung der Erkenntnistheorie hat verschiedene Ausprägungen, die in den 1980er und 1990er Jahren vor allem in den Sozialwissenschaften und der Psychologie populär waren. Der sogenannte radikale Konstruktivismus wird von den Neurobiologen Umberto Maturana und Francisco Varela vertreten. Sie gehen davon aus, dass das menschliche Gehirn ein autopoietisches System ist, also organisational gegenüber der Umwelt geschlossen ist und keine Informationen von außen direkt aufnimmt, aber strukturell

05 Vgl. Thomas S. Kuhn, The Structure of Scientific Revolutions, Chicago 1962.

06 Vgl. Ernan McMullin, A Case For Scientific Realism, Berkeley–Los Angeles–London 1984, S. 8–40.

mit anderen umgebenden Medien beziehungsweise Organismen gekoppelt ist. Gehirne beziehungsweise lebende Organismen erzeugen ihre Operationen nur durch Rekurs auf Vorhandenes. In dieser Erklärung der Erkenntnis gibt es keine Wahrheit, keine Objektivität und auch keinen Zugriff auf eine äußere Welt. Die Welt gibt es nur als „Konstruktion" des Erkenntnisapparats.[07]

Der radikale Konstruktivismus Maturanas und Varelas adressierte die philosophische Erkenntnistheorie. Der wissenssoziologische Ansatz Peter Bergers und Thomas Luckmanns teilte indes nur vordergründig den Begriff der Konstruktion. In ihrem 1966 vorgelegten Werk „Die soziale Konstruktion der Wirklichkeit" betrachteten sie soziale Tatsachen, obwohl sie das Ergebnis sozialer Interaktionen sind, wie Werte und Institutionen, die über einen langen Zeitraum hinweg entstehen. Sie erscheinen den Mitgliedern der Gesellschaft sodann als natürlich gegeben und werden von ihnen durch Sozialisation verinnerlicht und zugleich stabilisiert. Im Zentrum steht die Frage, wie Alltagswissen gesellschaftliche Faktizität erlangt. Der Sozialkonstruktivismus beschränkt sich also auf die Erklärung sozialer Tatbestände und berührt die philosophische Frage der Begründung von Erkenntnis nicht.

Das änderte sich mit der Ausweitung des wissenssoziologischen Ansatzes auf die Wissenschaft selbst. Kuhns These der diskontinuierlichen Wissenschaftsentwicklung und der Rolle der Fachgemeinschaften in der Durchsetzung neuer Paradigmen wurde von (Wissens-)Soziologen aufgenommen und dahingehend gedeutet, dass nicht nur gesellschaftliche Institutionen, sondern auch wissenschaftliche Begriffe und Theorien und letztlich auch die Ergebnisse der auf ihnen beruhenden Forschung sozial konstruiert seien. Diese These ist gleichbedeutend damit, dass jeglicher Begriff von Wahrheit oder zumindest von Fakten aufgegeben wird.

Die Evidenz für diese Sichtweise ist nicht zuletzt durch die Beobachtung von Forschungsprozessen geliefert worden: Verfolgt man die Entwicklung eines bestimmten Projekts von der ersten Formulierung der Forschungsfrage bis zur abschließenden Veröffentlichung der Ergebnisse, finden sich in den Diskussionen der Forscherinnen und Forscher, in den Bedingungen ihrer Forschung und den Entscheidungen über die Wahl von Instrumenten oder Materialien viele Zufälligkeiten beziehungsweise Situationen, in denen diese Entscheidungen keiner Zwangsläufigkeit unterliegen. Daraus wird der Schluss gezogen, die aus diesem Prozess hervorgegangenen Ergebnisse seien „sozial konstruiert". Von dieser These zu derjenigen, wissenschaftliche Fakten seien letztlich beliebig konstruierbar – eine vielfach vertretene Vereinfachung –, ist es ein kleiner Schritt.

In der Breitenwirkung des Sozialkonstruktivismus wird denn auch die Wurzel des Postmodernismus gesehen. Es ist eine offene Frage, ob die Entstehung des gegenwärtig bereits als „postfaktisch" bezeichneten Diskurses insofern eine Verbindung zum Postmodernismus hat, als dieser erst jetzt in der allgemeinen Öffentlichkeit angekommen ist. Ob die Leugnung wissenschaftlich gesicherter Fakten sich mit der hier skizzierten erkenntnistheoretischen Diskussion begründen lässt, ist allerdings klar negativ zu beantworten, denn diese bleibt der Suche nach einer Begründung der Wahrheit verpflichtet.

KLEINE SOZIOLOGIE DES „WAHREN WISSENS"

Insofern als die Vermutung des Ursprungs der Wahrheit von essenzialistischen Erklärungen immer weiter zu den sozialen Prozessen rückte, in denen sie durch Interaktion, Diskurs, Debatte und Konsens unter den Wahrheitssuchenden hervorgebracht wird, handelt es sich auch bei Wahrheit im Sinne wissenschaftlich gesicherter Fakten also um soziale „Konstruktionen". Das rechtfertigt aber nicht den Schluss, sie seien beliebig veränderbar, nur relativ und deshalb nicht bindend oder handlungsrelevant. Diesen Fehlschluss zieht, wer kein Verständnis der spezifischen sozialen „Natur" von Fakten und ihrer Entstehung hat, wer die Widerständigkeit sozialer Tatsachen leugnet. Daher gilt es, näher zu betrachten, wie Fakten „konstruiert" werden, und wie sich gesichertes Wissen zu ungesichertem verhält. Wie wird Wissen gesichert und kommuniziert, um schließlich als „wahres Wissen" zu gelten?

Prinzipien wissenschaftlicher Wissensproduktion

Obgleich es zwischen den einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen tief greifende Unterschiede bei der Geschwindigkeit der Wissensproduktion, den Formen der Qualitätssicherung und

07 Vgl. Umberto Maturana/Francisco Varela, El arbòl del conocimiento, Santiago de Chile 1984.

den Kommunikationsformen gibt, ähneln sie sich doch stark hinsichtlich der Prinzipien, nach denen sie operieren. Diese umfassen die Offenlegung der eigenen Forschung, eine systematische Skepsis gegenüber den Wahrheitsbehauptungen anderer Wissenschaftler und gegebenenfalls deren Überprüfung ohne Rücksicht auf das Ansehen der Person oder andere Interessen.

Natürlich kann wie etwa in der Militärforschung hinter verschlossenen Türen neues Wissen produziert werden. Dann können sich die Urheber ihres Wissens jedoch erst sicher sein, wenn es den Praxistest besteht. Nur allgemeine Zugänglichkeit und die vorbehaltlose Prüfung durch kompetente Fachkolleginnen und -kollegen können Vertrauen in das produzierte Wissen schaffen. Denn wenn diese Prinzipien befolgt werden, gilt das durch sie erzeugte Wissen als objektiv. Objektivität des Wissens genießt in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Wert: Es dient als Referenz für die Klärung von Interessenkonflikten und begründet das Vertrauen, das wiederum notwendige Voraussetzung für die Arbeitsteilung und damit für den Fortschritt in der Wissenschaft ist. Andernfalls müsste jeder Wissenschaftler alles Wissen selbst überprüfen, bevor er mit neuen Forschungen beginnen könnte.

In Verbindung mit dem Ansehen eines Wissenschaftlers hat dieses Vertrauen eine wichtige Steuerungsfunktion. Das Ansehen, das ein Wissenschaftler in seiner Fachgemeinschaft genießt, also die Wertschätzung durch seine Kollegen, ergibt sich aus der Bewertung seiner Forschungsleistung. Je relevanter und origineller sie ist, desto höher ist auch das Ansehen des Forschers und desto häufiger die Bezugnahme anderer Wissenschaftler auf seine Arbeit. Seinen Ergebnissen wird vertraut, andere bauen auf ihnen auf und tragen so dazu bei, dass dieses spezifische Wissen als gesichert gilt. Im Ruf eines Wissenschaftlers spiegelt sich also die Vertrauenswürdigkeit seiner Forschungsergebnisse, die wiederum für die Gesellschaft bedeutsam ist, weil diese sich – ohne spezielle Sachkenntnis zu haben – auf sie verlassen können muss. Entsprechend geächtet ist daher Betrug.

Praxis wissenschaftlicher Wissensproduktion

Wie wirken die genannten Prinzipien im Prozess der Wissensproduktion im Hinblick auf die „Konstruktion“ wissenschaftlichen Wissens? Die Relevanz von Forschungsfragen ist Gegenstand von Aushandlungsprozessen innerhalb der jeweiligen Fachgemeinschaft und wird beispielsweise durch die Begutachtung von Forschungsanträgen entschieden. Dann beginnt die eigentliche Forschung: die Wahl der geeigneten Methoden und Instrumente, die Experimente und Beobachtungen, die anschließende Auswertung der gesammelten Daten.

Die Präsentation von Forschungsergebnissen ist immer an Interpretationen gebunden, die sodann Gegenstand inner- und, obgleich seltener, außerwissenschaftlicher Debatten sind. Weitere Bewertungen erfolgen sowohl auf einschlägigen Fachkonferenzen als auch in Fachzeitschriften. Über die Veröffentlichung entscheiden Fachkollegen als Gutachter, und auf publizierte Artikel kann die gesamte Fachgemeinschaft reagieren, sei es durch die Überprüfung der Experimente, sei es durch neue Interpretationen der Daten, deren Bestätigung oder Infragestellung auf Grundlage anderer Versuchsreihen oder Beobachtungen. Auf diese Weise werden nach und nach Unsicherheiten aufgehoben und unhaltbare Befunde und Interpretationen verworfen.

Dieser Prozess ist nie abgeschlossen, zum einen, weil die Antworten auf Fragen zugleich immer neue Fragen aufwerfen, die Forschung also – sofern entsprechende Mittel bereitstehen – immer weiter läuft. Zum anderen ist nie auszuschließen, dass die gefundenen Antworten nicht durch eine neue Beobachtung, durch eine neue Entdeckung oder durch neue Interpretationen im Licht anderer Forschungsergebnisse revidiert werden. Forschungsergebnisse sind also nie endgültig. Das bedeutet allerdings nicht, dass die durch die Fachgemeinschaft wissenschaftlich konsentierten Fakten beliebig bestreitbar oder veränderbar wären. Genau das ist der Trugschluss der radikalen Sozialkonstruktivisten.

Wissenschaftlich als gesichert geltende Fakten gelten so lange als „wahr“, bis sie widerlegt werden. Diese Fakten finden Eingang in Lehrbücher, in denen das etablierte und unumstrittene Wissen konserviert und für die Unterrichtung kommender Generationen zusammengefasst ist. Wer die dort aufgeführten wissenschaftlichen Fakten bestreitet, muss gegen die vielen an der „Härtung“ dieser Fakten beteiligten Wissenschaftler und den langen Prozess der Prüfung und Kritik argumentieren. Wer lediglich die Fakten bestreitet, gibt sich selbst der Lächerlichkeit preis –

die Diskussion über den menschlichen Anteil am Klimawandel ist ein einschlägiges Beispiel.

Öffentlichkeitswirkung

An eine breite Öffentlichkeit gelangen diese Auseinandersetzungen über die Medien, die sie beobachten und über sie berichten. Dabei verhalten sie sich gemäß ihrer eigenen Operationslogik: Spannung und Sensation sind Nachrichtenwerte. Jede skeptische Stimme ist ihnen eine Meldung wert, weil sie scheinbar das Rennen offen hält. In der Berichterstattung erhält jede Seite die gleiche Aufmerksamkeit, sodass nicht immer eine Differenzierung nach Mehrheit und Minderheit in der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft erfolgt. Daher erwecken innerwissenschaftliche Auseinandersetzungen häufig den Eindruck, dass die Wissenschaft zerstritten und ihre Ergebnisse nicht glaubhaft seien. Das gilt umso mehr, wenn es sich um Forschungsthemen handelt, die von großem politischen beziehungsweise öffentlichen Interesse sind – wie eben der Klimawandel. Dann verbinden sich mit bestimmten Positionen in der Auseinandersetzung politische Interessen, etwa in Bezug auf die Regulierung von Schadstoffausstoß. Sind die Forschungsergebnisse nicht absolut sicher, was sie häufig (noch) nicht sind, lassen sie Interpretationen und Anzweiflungen zu: Dann scheint es besonders leicht, die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft infrage zu stellen.

Die Komplexität des Prozesses der Wissensproduktion, seine Unabgeschlossenheit und Anfälligkeit für Irrtümer oder gar absichtliche Täuschung sowie die Unzugänglichkeit von außen machen verständlich, weshalb er so häufig missverstanden wird. Das spiegelt sich zum Teil in der Sprache wider, mit der einzelne Aspekte der Wissenschaft beschrieben werden: Innerhalb der Wissenschaft spricht man nicht von „wahrem Wissen“ oder von „Wahrheit“, weil damit eine Endgültigkeit suggeriert wird, die dem Prozess der Wissensproduktion nicht gerecht wird. Wissen gilt immer nur als vorläufig.

Nichtsdestoweniger behalten manche Inhalte von Lehrbüchern ihre Gültigkeit über einen langen Zeitraum, und ganze Generationen orientieren sich an ihnen. In der Öffentlichkeit gilt das als „wahres Wissen“. Es greift also zu kurz, angesichts der selbst auferlegten Zurückhaltung der Wissenschaft, emphatisch von „Wahrheit“ zu sprechen und die Gültigkeit von Wissensbeständen mit dem Hinweis zu bestreiten, dass die Wissenschaftler selbst nicht an die Wahrheit glauben.

FAZIT

Die Fragen, auf die Leugner von Fakten eine Antwort geben müssen, lauten: Woran orientieren sie ihr Handeln? Wie stellen sie sich eine Einigung vor, wenn sich widerstreitende Argumente nicht unter Bezug auf Evidenzen lösen lassen? Es gibt derzeit keinen vertretbaren Gesellschaftsentwurf, der von der Funktion gesicherten Wissens als Basis von Konsensfindung absehen würde. Ganz im Gegenteil: Evidenzbegründung ist nach wie vor Prinzip der Politik sowie der Beilegung oder Vermeidung von Konflikten, die sich aus widersprüchlichen Meinungen ergeben.

Die inzwischen immer lauter werdende Kritik an der Verbreitung von Falschmeldungen über die sozialen Medien deutet nicht darauf hin, dass die Gesellschaft viel Freude am „Postfaktischen“ hätte. Vielmehr scheint sich ein Gefühl der Desorientierung, des Betrogenseins zu verbreiten. Die Gesellschaft hat also eine Vorstellung von gesichertem Wissen, von Fakten und warum es wichtig ist, sie von Fakes zu unterscheiden. Tatsächlich gilt die Wissenschaft trotz zunehmender Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Institutionen nach wie vor als vertrauenswürdige Institution.

Ihr kritisches Potenzial macht die Wissenschaft zu einer Säule der Demokratie. Alle modernen Demokratien gewähren unter den Grundrechten die freie Meinungsäußerung und die Freiheit der Wissenschaft. Letztere wird zwar nicht überall explizit in den Verfassungen erwähnt, sondern leitet sich etwa aus der Pressefreiheit ab. Beide Freiheiten sind wichtige Mechanismen der Machtkontrolle: Die Freiheit der Meinung schützt den Einzelnen vor staatlicher Willkür, wenn er sich kritisch äußert, und sichert zugleich die kritische Funktion der Presse. Die Freiheit der Wissenschaft schützt die Wissenschaftler vor staatlicher Willkür, wenn sie politisch unliebsame Forschungsergebnisse publizieren. Meinungen können jedoch nicht gegen Forschungsergebnisse ausgespielt werden, sondern finden an diesen ihre Grenze.

PETER WEINGART
ist emeritierter Professor für Soziologie der Universität Bielefeld.
weingart@uni-bielefeld.de

LÜGEN UND POLITIK IM „POSTFAKTISCHEN ZEITALTER“

Stefan Marschall

Blickt man auf die aktuellen Debatten über das „postfaktische Zeitalter“, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die politische Lüge ein komplett neues Phänomen sei. Tatsächlich aber sind Lügen in der Politik ein Dauerbrenner, man denke etwa an Watergate (1970er Jahre), die Barschel-Affäre (1980er), den Lewinsky-Skandal (1990er) oder an die Begründungen für den Irak-Krieg (2000er). Das veranschaulicht auch eine Umfrage von 1998: Bereits damals unterstützten 57 Prozent der Befragten in Deutschland die Aussage „Die Politiker scheuen sich nicht, Tatsachen zu verdrehen oder zu beschönigen, um dadurch die Wahlen zu gewinnen“.[01] Und schon Bismarck wird das Bonmot zugeschrieben, dass nie so oft gelogen werde wie „vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd“. In der Politik, so eine weit verbreitete Wahrnehmung, spielt Ehrlichkeit eine nachgeordnete Rolle – und das nicht erst seit gestern.

Dass Lügen keine Fremdkörper in der politischen Kommunikation sind, erscheint dabei zunächst wenig überraschend. Denn politische Kommunikation ist in erster Linie strategische Kommunikation. Folgt man dem Soziologen Niklas Luhmann (1927–1998), dann geht es im politischen System nicht um das Finden von Wahrheit, sondern um die Machtfrage.[02] Politische Kommunikation ist also – nicht nur, aber zu einem großen Teil auch – Machtkommunikation, die dazu dient, sich gegen andere durchzusetzen. So weit, wie das Feld der politischen Kommunikation ist, so weit kann das Feld der politischen Lüge sein, je nachdem wer lügt, wer belogen wird, in welchem Zusammenhang und vor allem zu welchem Zweck.

Unter „Lügen“ können also ganz unterschiedliche kommunikative Akte einsortiert werden. Das Philosophische Wörterbuch definiert „Lüge“ als eine „auf Täuschung berechnete Aussage, die das verschweigt bzw. entstellt, was der Aussagende über den betr. Sachverhalt weiß bzw. anders weiß, als er sagt“.[03] Damit ist noch nichts über die moralische Bewertung gesagt. Zunächst ist die Lüge, auch die in der Politik, nicht mehr und nicht weniger als ein Sprechakt, ein Sprachspiel. Lügen kann sogar als eine „Kunst“ bezeichnet werden.[04] Erst in einem zweiten Schritt stellt sich die Frage, ob und unter welchen Bedingungen Lügen zum Problem werden. Dabei spielt der Kontext der Lüge, in diesem Fall die Politik und die Demokratie, eine zentrale Rolle.

HÖHERE MORALITÄT DER POLITISCHEN LÜGE?

Die Frage, ob es gute Lügen und böse Lügen gibt, beantwortete der Philosoph Immanuel Kant (1724–1804) entschieden. Er wandte sich prinzipiell gegen die Rechtfertigung von Lügen, sei es in der Politik oder andernorts, und sprach sich vehement und pauschal gegen jede Entschuldbarkeit von Lügen aus, selbst wenn diese großen Schaden abwenden können.[05] Denn Lügner verletzen ihm zufolge das gesellschaftliche Gebot, das jedem ein Recht auf Wahrhaftigkeit des anderen zuerkennt. Mit Blick auf die Politik sagte Kant: „Obgleich der Satz: *Ehrlichkeit ist die beste Politik*, eine Theorie enthält, der die Praxis, leider! sehr häufig widerspricht: so ist doch der gleichfalls theoretische: *Ehrlichkeit ist besser denn alle Politik*, über allen Einwurf unendlich erhaben, ja die unumgängliche Bedingung der letzteren.“[06]

Diese rigide Position hat deutlichen Widerspruch erfahren, insbesondere durch die Philosophin und Publizistin Hannah Arendt (1906–1975). Sie kritisierte scharf die Vertuschungs- und Täuschungsversuche der US-Regierung im Vietnam-Krieg, begründete aber zugleich, dass die Lüge ein unverzichtbarer, ja sogar notwendiger Bestandteil des Politischen sei. Ihr zentrales Argument lautete, das Wesen von Politik seien der Streit zwischen Meinungen und die Kompromissfindung. Wahrheiten jedoch lassen Meinungsdiskussionen nicht zu. Der politische Diskurs wer-

de mit dem Anspruch auf Wahrheit abgewürgt; „vom Standpunkt der Politik gesehen ist Wahrheit despotisch", denn sie bestreite das Recht auf andere Meinung. Arendt argumentierte, dass „jeder Anspruch auf absolute Wahrheit, die von den Meinungen der Menschen unabhängig zu sein vorgibt, die Axt an die Wurzeln aller Politik und der Legitimität aller Staatsformen legt".[07] Der Lügner hingegen blockiere den politischen Prozess nicht, sondern mache ihn erst möglich.

Im Handeln sah Arendt das zweite Wesensmerkmal von Politik. Diese sei auf die Zukunft ausgerichtet und strebe die Überwindung, Veränderung und letztlich die Zerstörung des aktuellen Zustands an. Die bloße Verkündung der Wahrheit verfestige lediglich das, was bereits existiert. „Für das Handeln, das entscheidet, wie es weitergehen soll, sind Tatsachen keineswegs notwendig." Die Lüge sei Handeln pur, weil sie das, was ist, zu verändern suche. Politik habe die wichtige Aufgabe, Altes zu beseitigen und zu zerstören, um Raum für neues Handeln zu gewinnen. Dazu tragen die Lügenden bei. „Wahrhaftigkeit ist nie zu den politischen Tugenden gerechnet worden, weil sie in der Tat wenig zu dem eigentlich politischen Geschäft, der Veränderung der Welt und der Umstände, unter denen wir leben, beizutragen hat."[08]

Bereits im 16. Jahrhundert hatte der Philosoph und Politiker Niccolò Machiavelli (1469–1527) einen Rechtfertigungsansatz für politische Lügen formuliert, der Herrschende von jeglicher moralischer Einschränkung zu befreien scheint. Diese dürfen lügen, betrügen, Versprechen brechen, ihre Untertanen bewusst täuschen. Aber dabei verhalten sie sich durchaus moralisch. „Du mußt das so verstehen, daß ein Fürst, und besonders in neubegründeter Herrschaft, nicht alles das tun kann, was die Menschen für gut halten, sondern häufig zur Erhaltung des Staates gegen Treue, Milde, Menschlichkeit und Religion verstoßen muß."[09] Indem ein Herrscher solches Unrecht tue – und Machiavelli nannte entsprechendes Handeln des Fürsten ausdrücklich Verbrechen oder „Böses" –, verfolge er einen höheren Zweck: die Staatsräson, den Zusammenhalt des Staates und die Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung. Das Staatswohl zwinge den Fürsten, sich so zu verhalten, wie sich der Einzelne nicht verhalten sollte. Die Ethik des Amtes dominiert demnach über die Ethik des Individuums. Indem der Herrscher lügt, verstößt er gegen die individuelle Moral, dient aber damit einer übergeordneten Staatsmoral.

An dieser Stelle lässt sich die idealtypische Unterscheidung des Soziologen Max Weber (1864–1920) zwischen der Gesinnungsethik und der Verantwortungsethik anschließen: Der Gesinnungsethiker verhält sich Weber zufolge so, wie es ihm seine absolute Ethik nahelegt. Der Verantwortungsethiker bezieht jedoch bei der Entscheidung die voraussehbaren Folgen seines Handelns mit ein. Auf die Lüge übertragen: Die Wahrhaftigkeit gehört nicht zu den Handlungsmaximen eines Verantwortungsethikers, wenn diese im konkreten Fall zu problematischen Konsequenzen führt. Weber selbst erwähnt folgende Konstellation: Eine absolute Ethik könne nahelegen, dass ein Staat im Sinne der Wahrheitspflicht sich selbst belastende Dokumente veröffentlichen müsse. „Der Politiker wird finden, daß im Erfolg dadurch die Wahrheit nicht gefördert, sondern durch Mißbrauch und Entfesselung von Leidenschaft sicher verdunkelt wird."[10] Lüge und Geheimhaltung könnten somit geboten, Wahrhaftigkeit und uneingeschränkte Offenheit wiederum unverantwortlich sein.

Weber und Machiavelli unterscheiden somit die Ethik der Privatperson von der Ethik des politischen Amtsinhabers. Das, was vom Individuum beispielsweise in seiner Rolle als Ehepartner oder Freund erwünscht sein kann, darf nicht zwangsläufig auch vom Individuum als Politiker

01 Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998–2002, München 2002, S. 749.
02 Vgl. Niklas Luhmann, Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt/M. 2000, S. 88–102.
03 Heinrich Schmidt, Lüge, in: Philosophisches Wörterbuch, Stuttgart 1991[22], S. 444.
04 Simone Dietz, Die Kunst des Lügens. Eine sprachliche Fähigkeit und ihr moralischer Wert, Reinbek 2003.
05 Vgl. Immanuel Kant, Über ein vermeintliches Recht aus Menschenliebe zu lügen, in: Wilhelm Weischedel (Hrsg.), Immanuel Kant. Werke in zwölf Bänden, Bd. VIII, Frankfurt/M. 1968, S. 637–643.
06 Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden, in: Otto Heinrich von der Gablentz (Hrsg.), Immanuel Kant. Politische Schriften, Köln–Opladen 1965, S. 104–150, hier S. 133.
07 Hannah Arendt, Wahrheit und Lüge in der Politik. Zwei Essays, München 1987, S. 61, S. 51.
08 Ebd., S. 64f., S. 74f.
09 Niccolò Machiavelli, Der Fürst (Il Principe), Leipzig 1924, S. 69.
10 Max Weber, Politik als Beruf, in: Johannes Winckelmann (Hrsg.), Max Weber. Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1971[3], S. 505–560, hier S. 551.

erwartet werden. Der politische Funktionsträger kann vor der Situation stehen, konkurrierende moralische Werte gegeneinander abwägen zu müssen. Und dann mag es sein, dass die Lüge einen höheren moralischen Wert hat.

(K)EINE LIZENZ ZUM LÜGEN

Sind Lügen in der Politik also erlaubt? Unter Umständen können Lügen vertretbar sein, beispielsweise wenn sie erheblichen Schaden abwenden. Aber während die systematische Lüge für eine Diktatur durchaus systemrelevant ist, kann eine Kultur der Lüge in der Demokratie zu einem substanziellen Problem werden. Nicht nur, weil gute Politik auf Fakten beruhen muss, um nicht zu falschen und schädlichen Entscheidungen zu kommen. Ferner steht die politische Lüge quer zu mehreren demokratischen Kernelementen: Vertrauen, Kontrolle und Transparenz.

Moderne Demokratie ist stets repräsentative Demokratie. Ein Großteil der Entscheidungen wird von politischen Vertreterinnen und Vertretern, von Repräsentanten, gefällt. Repräsentative Demokratie lebt von der Vertrauensbeziehung zwischen diesen Vertretern auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Nicht umsonst nennt man im Englischen politische Repräsentanten *trustees*, also „Vertrauenspersonen". Die Vertretenen müssen den *trustees* das Vertrauen schenken, dass diese ihre Interessen effektiv in den politischen Prozess einbringen. Vertrauen speist sich aus unterstellter Glaubwürdigkeit. Und tatsächlich ist Glaubwürdigkeit diejenige Politikereigenschaft, die in Umfragen sehr hohe bis höchste Erwünschtheitswerte erzielt.[11]

Eine Kultur der Lüge droht, diese Vertrauensbeziehung zwischen Repräsentant und Repräsentierten zu untergraben. Die Vermutung, dass Politikerinnen und Politiker lügen und damit für die Bürgerinnen und Bürger unberechenbar werden, belastet das Vertrauen. Vertrauensverluste führen wiederum zu politischer Entfremdung und Apathie – und letzten Endes dazu, dass in der Bevölkerung nicht mehr die erforderliche Unterstützung für das System aufgebracht wird. 1998 verbanden 57 Prozent der Befragten ihre Erwartung, dass Politiker lügen, mit der Aussage „Das zeigt, dass etwas faul ist in unserem Staat".[12] Das Gefühl, belogen zu werden, beschädigt die politische Kultur und gefährdet langfristig die Stabilität der Demokratie.

In der repräsentativen Demokratie spielt jedoch nicht nur das Vertrauen, sondern auch das institutionalisierte gesunde Misstrauen eine wichtige Rolle. Gewaltenteilung, Wahlen, *checks and balances* – mit einer komplexen Form der gegenseitigen Überwachung der Institutionen sowie der Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger wird gewährleistet, dass Macht nicht missbraucht wird. Politische Lügen können diese Kontrollmechanismen unterlaufen und aushöhlen. Systematische Unehrlichkeit behindert die effektive gegenseitige kritische Beobachtung der politischen Institutionen untereinander. Sie kann die Kontrolle der politischen Elite erschweren bis unmöglich machen. Wenn falsch bilanziert wird, wenn Verantwortung abgestritten wird, wenn unehrliche Aussagen getätigt werden, kann das politische Personal nicht angemessen zur Rechenschaft gezogen werden – ohne Transparenz kann es keine Kontrolle geben.

Transparenz ist auch die Voraussetzung für eine sinnvolle und zielgerichtete Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozess. Demokratie und auch die repräsentative Demokratie erfordern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen – nicht nur durch das Wählengehen, sondern auf vielfältige andere Weise, sei es in den Parteien oder in Vereinen. Die politische Lüge kann durch Fehlinformation Beteiligung verhindern oder in falsche Kanäle und Sackgassen lenken. Sie kann das Engagement der Bürgerinnen und Bürger sachlich entwerten und die Kluft zwischen den politischen Eliten und den Beteiligungswilligen vertiefen. Bei Wahlen wird das Problem besonders plastisch. Geht es im Sinne des *retrospective voting* darum, auf der Grundlage von politischen Misserfolgen und Erfolgen aus der vergangenen Wahlperiode zu entscheiden, für welche Partei oder welchen Kandidaten man die Stimme abgeben möchte, benötigt man entsprechendes Wissen.[13] Auch im Sinne der *promissory representation,* wenn also die Wahlbevölkerung über zukünftige politische Ent-

11 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Demokratie und Integration in Deutschland, Mannheim 2008.

12 Vgl. Noelle-Neumann/Köcher (Anm. 1), S. 159.

13 Vgl. Morris P. Fiorina, Retrospective Voting in American National Elections, New Haven 1981.

scheidungen abstimmt, muss sie wissen, was sie mit ihrer Stimmabgabe bewirkt.[14] Ein Lügenwahlkampf schadet folglich der Qualität der politischen Beteiligung.

Transparenz ist also die Voraussetzung dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger politisch beteiligen und frei ihre Meinung bilden können. Oder in Hannah Arendts Worten: „Meinungsfreiheit ist eine Farce, wenn die Information über die Tatsachen nicht garantiert ist."[15]

CHANCEN UND GRENZEN EINES LÜGENMONITORINGS

Was ist also zu tun, wenn Lügen besonders in Demokratien ein Problem darstellen? Man kann die politische Lüge nicht einfach verbieten. Deswegen muss es in der Demokratie Wege geben, Lügen zu erschweren, aufzudecken, über ihre Rechtfertigung zu streiten und Lügende gegebenenfalls zu sanktionieren. Wie lassen sich Kontrolle und Kritik der Lüge institutionell umsetzen? Und wo liegen die Grenzen für ein solches Lügenmonitoring?

Eine erste Voraussetzung besteht darin, dass es ein Recht auf hinreichende und ehrliche Information geben muss. Von Belang sind hier insbesondere Berichtspflichten von Politikern und Parteien sowie weitreichende Akteneinsichtsrechte des Parlaments. Aber auch generelle Transparenzregeln, wie sie in Informationsfreiheitsgesetzen festgelegt sind, können helfen.

Darüber hinaus braucht es in der Demokratie Instanzen, die Lügen zum Thema machen und soweit möglich richtigstellen können.[16] Für diese Aufgabe kommen unterschiedliche Akteure infrage. Zunächst das Wissenschaftssystem, das – so Niklas Luhmann – von der Suche nach Wahrheit geprägt ist und damit einen faktischen Referenzrahmen bieten kann.[17] Aber auch in diesem System tauchen Grenzen für die Wahrheitsfindung auf: Wissenschaftliche Erkenntnisse sind nicht immer eindeutig oder unstrittig, auch nicht innerhalb der Wissenschaft. Kommen Forschungsergebnisse in den (partei)politischen Diskurs, werden aus den wissenschaftlichen „Tatsachenwahrheiten" schnell politische Meinungen.

Des Weiteren können schiedsrichterliche Instanzen, Gerichte oder in der Phase der Ermittlung auch Polizei und Staatsanwaltschaft Wahrheitsinstanzen sein.[18] Das Problem ist dabei allerdings, dass hier nur strafrechtlich relevante Lügen Gegenstand der Ermittlung sein können, wie beispielsweise die Leugnung des Holocaust. Ansonsten sind auch Lügen weitreichend durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt.[19]

Aus dem Bereich der staatlichen Institutionen wird üblicherweise Parlamenten eine Kontrollfunktion zugewiesen.[20] Das Problem der parlamentarischen Kontrolle liegt gleichwohl darin, dass sie eingebettet ist in die Konfliktlinien zwischen den Parteien. Anschaulich wird diese Grenze beispielsweise an dem Untersuchungsausschuss, der nach der Bundestagswahl 2002 eingerichtet wurde, um zu klären, ob Politiker vor der Wahl wissentlich die Unwahrheit gesagt hatten, als sie (fälschlicherweise) von einer günstigen Haushaltslage ausgegangen waren. Am Ende stand erstens ein Bericht der Ausschussmehrheit von SPD und Grünen, zweitens ein Sondervotum der CDU/CSU, drittens ein Sondervotum der FDP und viertens eine Erwiderung der SPD auf das Sondervotum der Union – jedenfalls keine Einigung darauf, wer wann wo gelogen hatte oder auch nicht.[21]

Ein weiterer wichtiger Kontrollakteur sind die Medien und mit ihnen die Journalistinnen und Journalisten. Es ist ihre genuine Aufgabe, Informationen und Meinungen nicht nur zu vermitteln, sondern auch zu überprüfen. Sie verfügen über die investigativen Ressourcen, Lügen aufzudecken, und über die Möglichkeit, Lügen zu problematisieren.[22] Durch die Herstellung von Öffentlichkeit können sie die politischen Funktionsträger indirekt sanktionieren.

14 Vgl. Jane Mansbridge, Rethinking Representation, in: American Political Science Review 4/2003, S. 515–528.

15 Arendt (Anm. 7), S. 58.

16 Vgl. Claus Offe, Die Ehrlichkeit politischer Kommunikation. Kognitive Hygiene und strategischer Umgang mit der Wahrheit, in: Vorgänge 3/2004, S. 28–38.

17 Vgl. Niklas Luhmann, Die Wissenschaft der Gesellschaft, Frankfurt/M. 1990, S. 73. Siehe auch den Beitrag von Peter Weingart in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

18 Allein vom Begriff her einschlägig sind die sogenannten Wahrheitskommissionen, wie sie beispielsweise in Südafrika zur Aufklärung staatlicher Verbrechen in Zeiten der Apartheid eingesetzt wurden. Diese beschäftigten sich allerdings mit der Aufarbeitung der vordemokratischen Vergangenheit und nicht mit aktuellen Lügen.

19 Vgl. den Kommentar zu Artikel 5 GG in: Theodor Maunz/Günter Dürig (Hrsg.), Grundgesetz – Kommentar, München 2016, Rn. 66 ff.

20 Vgl. Stefan Marschall, Parlamentarismus. Eine Einführung, Baden-Baden 2016², S. 146–154.

21 Vgl. Bundestagsdrucksache 15/2100, 24. 11. 2003.

22 Siehe auch den Beitrag von Lucas Graves in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

An den Medien werden jedoch die derzeitigen Grenzen des Lügenmonitorings dramatisch deutlich, wie beispielsweise die Rede von der „Lügenpresse" zeigt. Hinter dem Schlagwort steht die Behauptung, dass die Medien ihren Aufgaben nicht mehr effektiv nachgehen, sondern Teil eines Lügensystems seien. Immerhin 42 Prozent der Bevölkerung halten die deutschen Medien alles in allem für „nicht glaubwürdig", und 20 Prozent würden gegenüber den Medien ausdrücklich von „Lügenpresse" sprechen.[23] Ein Teil der Bevölkerung vermutet somit eine „Lüge zweiter Ordnung", also dass die Instanzen, die Lügen aufdecken sollten, selbst lügen.[24] Dies führt zu einer doppelten Vertrauenskrise. Man vertraut den politischen Akteuren nicht mehr, aber auch nicht mehr denjenigen, die diese kontrollieren sollen.

Das ist jedoch nicht die einzige Einschränkung, die das Lügenmonitoring durch Medien betrifft. Hinzu kommt, dass es nicht mehr den einen gemeinsam geteilten Medienraum gibt, sondern sich insbesondere im Internet sogenannte Echokammern und Filterblasen entwickelt haben.[25] Die Mediennutzung differenziert sich aus. Die Menschen bewegen sich in voneinander abgegrenzten kommunikativen Räumen. Es gibt nicht mehr einige wenige anerkannte mediale Instanzen der Wahrheit. Vielmehr betreibt jede Echokammer ihr eigenes Wahrheitsmanagement – mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen.

Eine weitere Herausforderung für die journalistischen Medien stellt die Flut an falschen und richtigen Nachrichten dar, die online generiert und verbreitet werden. Das Internet ermöglicht vielen Personen und Organisationen, selbst zu Autoren von Nachrichten zu werden, die sich dann viral verbreiten können. Der Umfang und die Dynamik der Nachrichtenlage stellen die journalistischen Medien vor grundlegende Herausforderungen. Für eine ordentliche Überprüfung von Nachrichten fehlt oft die Zeit, denn die Medien stehen unter dem Druck, über wichtige Ereignisse zeitnah berichten zu müssen. Die Dynamik von Information und Falschinformation, die Geschwindigkeit, mit der sich Nachrichten verbreiten, insbesondere von solchen, die Stereotypen entsprechen, machen ein journalistisches Lügenmonitoring nahezu unmöglich.

Insgesamt scheinen die herkömmlichen Instanzen der Wahrheit an Grenzen zu stoßen. Die politische Lüge wird somit leichter gemacht. Die Lügenden kommen „straffrei" davon.

LÜGEN UND FESTSTELLUNG DER SCHULD

Der Versuch, Lügen aufzudecken und nachzuweisen, ist generell schwierig – selbst wenn die Wahrheitsinstanzen funktionieren. Das galt auch schon vor dem „postfaktischen Zeitalter".

Üblicherweise greifen die Kontrollmechanismen erst im Nachhinein, wenn die Lüge bereits gewirkt hat. Das führt zu Problemen, zum Beispiel dass überführte Lügner eventuell nicht zur Rechenschaft gezogen werden können, weil sie nicht mehr im Amt sind. Auch kann es sein, dass durch die Lüge entstandener Schaden nicht mehr behoben werden kann, weil auf der Grundlage der Lüge bereits Entscheidungen gefällt worden sind, die nicht rückgängig gemacht werden können.

Zudem ist schwer nachweisbar, dass jemand tatsächlich mit Täuschungsabsicht unwahrhaftig war. Bei der politischen Lüge wiegt die Last des Beweisens oft schwerer als die Last des Beweises: Wie kann jemandem quasi gerichtsfest nachgewiesen werden, in einer spezifischen Situation bewusst gelogen zu haben? War es „nur" Unwissen oder doch eine gezielte Falschaussage? Was genau wussten die Akteure, die Wahrheitswidriges behauptet haben? Wurden sie selbst vielleicht Opfer von Falschinformationen? Stand vor der vermeintlichen Täuschung der einen die Täuschung durch andere? Kann dann noch von Lüge die Rede sein oder handelt es sich um Irrtum?[26]

Das Problem der Schuldzuweisung scheint sich noch dadurch zu verschärfen, dass die Urheberschaft von Lügen nicht immer klar ist und somit der „Schuldige" nicht ohne Weiteres ermittelt werden kann. So hat sich in den vergangenen Jahren, bedingt durch die Rolle sozialer Medien, eine neue Form politischer Lügen herausgebildet, die unter dem Begriff der Fake News läuft.[27] In vielen

23 Vgl. Infratest dimap, Glaubwürdigkeit der Medien, Oktober 2015, www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/glaubwuerdigkeit-der-medien.

24 Offe (Anm. 16), S. 37.

25 Vgl. Wolfgang Schweiger, Der (des-)informierte Bürger im Netz, Wiesbaden 2017.

26 Hannah Arendt hat diese Form von Selbsttäuschung sehr anschaulich an den Lügen zum Vietnam-Krieg illustriert. Vgl. Arendt (Anm. 7), S. 33 f.

27 Siehe auch den Beitrag von Vincent F. Hendricks und Mads Vestergaard in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

Fällen kommen Lügen nicht mehr von konkret benennbaren und identifizierbaren politischen Individuen, sondern aus den Tiefen des Internets und verbreiten sich wie ein Virus. Mitunter erstellen und versenden Computerprogramme (*social bots*) autonom Nachrichten. Hinter mancher politischen Lüge mögen dann doch konkrete politische Akteure stecken, die, wenn sie die Fake-Nachricht nicht in Auftrag gegeben, so doch zumindest gebilligt haben. Das nachzuweisen und nachzuverfolgen, erscheint im Dickicht des Internets aber kaum noch möglich.

FÜR EINE KULTUR DER EHRLICHKEIT

Es ist offenkundig dass die Auseinandersetzung über das, was wahr und unwahr ist, schwieriger geworden ist. Genau dies kennzeichnet womöglich die Lage von Lüge und Wahrheit im „postfaktischen Zeitalter". Wenn falsche Informationen online generiert werden und sich in unglaublicher Geschwindigkeit viral verbreiten, wenn es keine allgemein anerkannten Instanzen der Wahrheit mehr gibt, wenn Parallelwelten und „alternative Fakten" koexistieren, dann zeigt sich vielleicht gerade darin eine neue Phase in der Auseinandersetzung mit der politischen Lüge – mit unabsehbaren Folgen und drohendem Schaden für die demokratische Kultur.

Unterschiedliche Akteure sind gefordert, dem entgegenzuwirken. Eine besondere Verantwortung tragen die Medienplattformen wie beispielsweise Facebook, die als Verbreitungskanäle von News, aber auch von Fake News dienen. Hier bedarf es einer stärkeren journalistischen Kontrollarbeit, ohne dass damit Zensur betrieben wird. Die klassischen journalistischen Medien wiederum sollten sich weniger als reine Weiterleiter andernorts generierter Nachrichten verstehen, sondern mit einem zweiten kritischen Blick auf gelieferte Informationen schauen. Ihre Rolle wird es zunehmend sein, die Nachrichten anderer einzuordnen, zu überprüfen und anzuzweifeln.

Auch die politisch Verantwortlichen sind gefordert. Selbst wenn die politischen Akteure nicht immer die Autoren der Lüge sein müssen, kommt ihnen eine besondere Verantwortung für eine politische Kultur der Ehrlichkeit zu – auch und gerade im Umgang mit Lügen, die ihnen selbst nutzen. Dabei gilt es, zu lernen, dass der Ehrliche nicht zwangsläufig der Dumme ist. Eine Reihe von Fällen veranschaulicht, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Politik der Ehrlichkeit durchaus honorieren – auch in Wahlkämpfen. So zog etwa 1976 der demokratische Präsidentschaftskandidat Jimmy Carter ins Weiße Haus ein, nachdem er unter dem Eindruck der Watergate-Affäre im Wahlkampf mit dem Versprechen hatte punkten können, die Amerikanerinnen und Amerikaner niemals zu belügen. Und kurz vor der Bundestagswahl 2013 gaben in einer Umfrage die Befragten mit 33 Prozent am häufigsten an, die persönliche Wahlentscheidung von der „Glaubwürdigkeit der Partei" abhängig zu machen und damit Ehrlichkeit stärker zu gewichten als die inhaltliche Übereinstimmung oder die Überzeugungskraft des Spitzenkandidaten.[28]

Damit sind wir bei den vielleicht wichtigsten Akteuren angelangt: den Bürgerinnen und Bürgern selbst. Eine Lüge funktioniert nur, wenn sich Leute finden, die sich belügen lassen. Bereits jetzt gibt es eine gesunde Skepsis gegenüber der politischen Kommunikation. Die Fähigkeit, die Informationsflut zu bewältigen, Nachrichten einzuordnen, unsichere „Fakten" als solche zu erkennen, wird im Zeitalter onlinebasierter politischer Kommunikation zu einer Schlüsselkompetenz für die Bürgerinnen und Bürger. Diese werden zu ihren eigenen Wahrheitsmanagern. Eine solche politische Medienkompetenz muss frühzeitig und umfassend vermittelt werden. Hier sind vor allem die Einrichtungen der schulischen und außerschulischen Bildung gefragt.

In diesen „postfaktischen" Zeiten eine Kultur der Ehrlichkeit zu entwickeln, ist jedenfalls ein großes Projekt. Aber es ist eines, das verhindern kann, dass aus dem „postfaktischen Zeitalter" ein „postdemokratisches" wird.[29]

STEFAN MARSCHALL
ist Professor für Politikwissenschaft an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit dem Schwerpunkt „Politisches System Deutschlands". Er ist Sprecher des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation" der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft.
stefan.marschall@uni-duesseldorf.de

28 Vgl. Stiftung für Zukunftsfragen, Wovon die Wahlentscheidung abhängt, Forschung Aktuell 250/2013, www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/fileadmin/_migrated/media/Forschung-Aktuell-250-Bundestagswahl-2013.pdf.

29 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt/M. 2013[10]; zur Debatte über die „Postdemokratie" siehe Stefan Marschall, Demokratie, Opladen 2014, S. 103 f.

BULLSHIT

Weder Wahrheit noch Lüge

Tobias Hürter

„Lügenpresse", rufen die Demonstranten der Pegida. Über ein „postfaktisches Zeitalter" und „alternative Tatsachen" schreiben die Autoren der Feuilletons. Und beide meinen das Gleiche, nur umgekehrt: Die jeweils andere Seite verbiege und verzerre die Wahrheit, und sie selbst müssen die Wahrheit verteidigen. Jeder glaubt zu wissen, was Sache ist, allseits erheben sich belehrende Zeigefinger. Selten war die Wahrheit so umstritten. Selten hatte sie so viele Fürsprecher und schien doch so bedroht. Manche ihrer Möchtegernretter sehen das Heil im Faktencheck, andere wollen die sozialen Medien regulieren.

Die derzeitige Wahrheitskrise wird nicht so einfach zu lösen sein. Um in einer solchen Situation Klarheit zu schaffen, empfiehlt es sich, von vorn anzufangen, bei den grundsätzlichen Dingen, etwa bei der Frage nach den richtigen Begriffen, um die Situation zu beschreiben und zu verstehen. Das ist eine Frage für Philosophen, denn Klärung und Schärfung von Begriffen gehören zu ihren Kernkompetenzen. Seit mehr als zwei Jahrtausenden beschäftigen sie sich mit dem Wesen der Wahrheit.[01] Sie denken über Wahrheit und Moral nach, stellen Theorien der Wahrheit auf, definieren Wahrheitsprädikate und Wahrheitsbedingungen. Bis vor ein paar Jahren war der Wert der Wahrheit unbestritten. Wer sie kannte, hatte Macht und Wissen. Dieser Zusammenhang löst sich offenbar auf. Heute hat Macht, wer Meinung und Stimmung fabriziert.

Einen Schlüsselbegriff zum Verständnis dieser Entwicklung prägte in den 1980er Jahren der Philosoph Harry Frankfurt: Bullshit.[02] Natürlich hat Frankfurt das Wort „Bullshit" nicht erfunden, aber er schärfte den Kraftausdruck zu einem philosophischen Fachbegriff. Bullshit ist Gerede, bei dem es dem Sprecher egal ist, ob es stimmt. Im Unterschied zum Lügner versuchen Bullshitter nicht, anderen gezielt eine Unwahrheit einzureden. Wahr oder unwahr, das kümmert sie wenig. Sie wollen Eindruck schinden. Bullshit kann harmlos und sogar unterhaltsam sein, aber in großen Mengen ist er schädlich und sollte enttarnt werden. Das Ausmaß und die Vielfalt des Bullshit scheinen unermesslich. Vermutlich wurde noch nie so viel Bullshit produziert wie heute.

Wenn es stimmt, dass die Menschheit dabei ist, in eine Ära des Bullshit einzutreten, dann wäre das eine Tragödie. Von den sokratischen Philosophen über die mittelalterlichen Scholastiker wie Thomas von Aquin, die Denker der Renaissance wie Galileo Galilei und Leonardo da Vinci, die wissenschaftlichen Pioniere der Royal Society in London bis zu den großen Philosophen und Naturforschern der Aufklärung, allen voran Immanuel Kant, erkennt man eine über die Jahrtausende anhaltende Bemühung, der Wahrheit zu ihrem Recht zu verhelfen. Sollten all diese Anstrengungen vergeblich gewesen sein? Gewinnt zum Schluss doch der Blödsinn? Wird die Epoche der Aufklärung eines Tages nur noch eine Fußnote in der europäischen Kulturgeschichte sein? Eine kurze Erwärmung des Verstandes zwischen zwei Eiszeiten?

EINDRÜCKLICHE BELIEBIGKEIT

Bullshit wird nicht in der Absicht geäußert, etwas zu erklären. Er soll seine Adressaten nicht informieren, sondern Eindrücke in ihnen wecken. Bullshit ist ein Affront gegen die Adressaten, die ja meist zuhören, um etwas zu erfahren, und nicht, um bequatscht zu werden. Doch der angerichtete Schaden ist noch viel größer: Der Bullshitter untergräbt die Grundlagen der zivilisierten Kommunikation. Denn Verständigung zwischen Menschen funktioniert nur, wenn diese sich – zumindest meistens – um die Wahrheit über die Welt bemühen, in der wir leben. Wür-

den wir dauernd Bullshit reden, würde die Bedeutung der Worte und Sätze, die wir sprechen, erodieren.

Würden wir uns zum Beispiel nicht mehr darum kümmern, ob das, was wir als „grün" bezeichnen, wirklich grün ist, würde das Adjektiv „grün" nichts mehr aussagen. Es könnte grüne Dinge benennen und rote und farblose – alle Dinge. Ein einzelner Mensch, der noch Wert auf die richtige Verwendung des Attributs „grün" legte, wäre verloren in der allgemeinen Beliebigkeit. Bullshit ist also ansteckend, er ist nicht nur selbst nichtssagend, sondern raubt auch Äußerungen, die eigentlich sinnvoll wären, ihre Aussagekraft.

Bullshitverdacht kommt zum Beispiel auf, wenn von der „Strafverfolgungsvorsorge" die Rede ist. Dieser Ausdruck gehört zum Genre der „Gefahrenabwehr" und hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur in der Politikersprache, sondern auch im Juristendeutsch etabliert. Dagegen kann doch niemand etwas haben: Gefahren abwehren, Straftaten verhindern, bevor sie begangen werden; gegen manche Maßnahmen, die hinter diesen Begriffen stecken, jedoch durchaus: Es geht um Videoüberwachung, um die Sammlung von Verbindungs-, Bewegungs- und biometrischen Daten – um Maßnahmen also, die auch in die Grundrechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger eingreifen, ohne dass erwiesen wäre, dass sie tatsächlich Straftaten verhindern.

Die Menge an solchem Ein-Wort-Bullshit ist so überwältigend, dass hier nur drei weitere Beispiele angeführt seien: „Verfassungsschutz" als Bezeichnung für eine staatliche Organisation, die zum Schutz der Verfassung offenbar immer wieder die von der Verfassung garantierten Rechte auf die Privatheit von Fernkommunikation und die Unversehrtheit der eigenen Wohnung beugen muss; „Exzellenzinitiative" als Bezeichnung für den aus der Not geborenen Plan, bei der Verteilung des knappen Budgets für Hochschulen einige wenige zu bevorzugen, weil es nicht für alle reicht; „Biosprit" als Bezeichnung für herkömmliches Benzin, dem ein geringer Anteil pflanzlichen Brennstoffs aus meist nichtbiologischem Anbau beigemischt wurde.

01 Siehe auch den Beitrag von Petra Kolmer in dieser Ausgabe. (*Anm. d. Red.*).

02 Harry G. Frankfurt, On Bullshit, in: Raritan Quarterly Review 2/1986, S. 86–100.

MANGEL AN WAHRHAFTIGKEIT

Bullshitter, wie Frankfurt sie versteht, gerieren sich selbst als Überbringer der Wahrheit, obwohl gerade das nicht ihr Ansinnen ist. Vielmehr sind sie ihrem Wesen nach Blender, die mit ihrer Rede die Einstellungen derer beeinflussen wollen, zu denen sie sprechen. Bullshit entsteht zwar aus einem Mangel an Wahrhaftigkeit. Eine sachlich falsche Aussage ist aber nicht gleich Bullshit, sondern kann je nach Wissensstand und Absicht des Sprechers Irrtum, Lüge oder Bullshit sein: Wer dabei glaubt, die Wahrheit zu sagen, jedoch falsch liegt, irrt. Wer seinem Gegenüber gezielt und bewusst Falsches erzählt, lügt. Wem es gleich ist, ob das, was er sagt, stimmt oder nicht, und einfach nur Eindruck schinden und Stimmung machen will, redet Bullshit. Eine laxe Haltung zur Übereinstimmung zwischen der Welt und dem Gesagten, wo Sorgfalt angebracht wäre, bringt Bullshit hervor.

Bullshit ist in der Regel sozial schwächer sanktioniert als Lügen. Man lässt sich eher belabern als belügen. Wer entdeckt, dass man ihn belügt, wird wütend und fühlt sich hintergangen. Unter Lügenverdacht zu geraten ist der Schrecken jedes Politikers. Bullshit reden dürfen Politikerinnen und Politiker hingegen häufig ungestraft. Es wird sogar weithin von ihnen erwartet, dass sie Phrasen dreschen und Fragen ausweichen. Bullshit gehört zum Repertoire politischer Kommunikation

Aus philosophischer Sicht allerdings ist die Milde gegenüber Bullshit fragwürdig. Einem Lügner liegt an der Wahrheit. Er nimmt sie wichtig, deshalb will er sie verbergen. Zum Lügen gehört es, die Wahrheit genau zu kennen. Oft muss ein Lügner die Wahrheit sogar besser kennen als jemand, der sie ausspricht, denn ein Lügner muss seine Lüge in die Wahrheit einpassen und dafür sorgen, dass sie dem Weltbild seines Gegenübers so weit entspricht, dass dieser die Lüge als Wahrheit akzeptieren kann. Ein Bullshitter hingegen schert sich nicht um die Wahrheit und erstickt sie einfach mit seinem Gerede. Die Welt und sein Bild von ihr sind ihm egal. Er will seine Agenda durchsetzen.

„Der Lügner und der Wahrhaftige spielen dasselbe Spiel auf verschiedenen Seiten", sagt Harry Frankfurt. „Der Bullshitter spielt ein völlig anderes Spiel. Er ist weder für die Wahrheit noch gegen sie, er schert sich nicht um sie." Frankfurt

hält Bullshit für eine noch größere Bedrohung unserer Zivilisation als das Lügen. „Es ist wichtig für uns, die Wahrheit zu respektieren. Der Lügner untergräbt nicht unseren Respekt für die Wahrheit, sondern unsere Kenntnis von ihr. Das ist schlecht, aber es unterscheidet ihn vom Bullshitter, der unseren Respekt für die Wahrheit untergräbt."[03] Auf diese Weise zersetzt Bullshit den Wert der Wahrhaftigkeit noch tiefer greifend als Lügen.

HARTNÄCKIGER BLÖDSINN

Das Wort „Bullshit" ist erst seit dem frühen 20. Jahrhundert in Gebrauch, doch der Kampf gegen den Bullshit währt schon viel länger. Der Urvater der Bullshitjäger ist der Philosoph Sokrates, wie er in den Dialogen Platons auftritt. Sokrates sah sich als gottgesandte „Stechfliege" (*myops*), mit der Mission, die Athener zu pieksen und zu nerven – stets im Dienst der Wahrheit. Er sprach Menschen auf der Straße an, fragte sie nach ihrem Verständnis von Liebe, Sterblichkeit, Gerechtigkeit oder Wahrheit, erhielt oft eine überzeugte, aber irrige Antwort, fragte freundlich nach und dirigierte sie sanft in die Richtung, in der er die Wahrheit sah. Am Ende waren die Gesprächspartner wacher als zuvor und misstrauischer gegenüber geläufigen, aber haltlosen Reden.

Die Athener dankten Sokrates seinen Dienst an der Wahrheit nicht, im Gegenteil, sie verurteilten ihn zum Tode. „Ihr werdet für den Rest eures Lebens schlafen", warnte Sokrates sie in seiner Verteidigungsrede, „außer wenn Gott in seiner Weisheit euch eine andere Stechmücke schickt".[04] Bei aller intellektuellen Demut rühmte sich Sokrates einer seltenen Art von Weisheit: Er kannte und respektierte die Grenzen seines Wissens. „Damit habe ich mich noch nicht gründlich befasst" – dieser Satz scheint im Sprachschatz vieler Leute zu fehlen. Dabei liegt auf der Hand, dass man sich nicht über alles schlau gemacht haben kann, über das man spricht.

Die Athener entschieden sich gegen Sokrates und die Wahrheit. Heute sind die meisten von ihnen vergessen, und Sokrates ist der berühmteste Philosoph aller Zeiten. Das mag ein Ansporn sein, den Kampf gegen den Bullshit aufzunehmen. Nur wie? Viele hängen am Bullshit wie einst die Athener und wehren sich, wenn jemand ausmisten will. Wenn Bullshit sich einmal im Kopf festgesetzt hat, ist er schwer wieder herauszubekommen. Sachliche Aufklärung allein hilft selten. Im Gegenteil, sie kann den Bullshit noch verfestigen. Denn um etwas zu widerlegen, muss man es wiederholen – zum Beispiel die falsche Behauptung, dass die Nebenwirkungen einer Grippeschutzimpfung schlimmer seien als die Grippe selbst. Psychologen haben in einer Studie beobachtet, dass den Probanden zwar kurzfristig die Widerlegung der Behauptung im Gedächtnis bleibt, langfristig jedoch die zu widerlegende Falschinformation.[05]

Die meisten Menschen fühlen sich von der Flut an Bullshit beeinträchtigt, aber viele tragen auch ihren Teil dazu bei. Manche soziale Situation, zum Beispiel ein Partygespräch, ist ohne Bullshit kaum zu meistern. Eine Ursache dafür mag in der verbreiteten Annahme liegen, jeder Mensch müsse zu jeder Angelegenheit eine Meinung haben. Natürlich ist es unmöglich, sich zu allem eine fundierte Meinung zu bilden. Dazu fehlen uns die Zeit und das Wissen. Daher bilden wir uns einen erheblichen Teil unserer Meinungen voreilig und unwissend, aus einem dumpfen Gefühl heraus. Im Niemandsland zwischen allem, wozu wir uns eine begründete Meinung bilden können, und dem, wozu wir eine Meinung haben wollen, gedeiht der Blödsinn.

BULLSHIT REGIERT

Die politische Praxis in einer Demokratie sollte im Idealfall so aussehen, dass im fairen Diskurs Werte verhandelt werden, die den Bürgerinnen und Bürgern dieses Staates besonders wichtig sind, um daraus mehrheitsfähige Entscheidungen im Interesse des Allgemeinwohls abzuleiten. Die Realität sieht allerdings oft so aus, dass Lobbygruppen und mächtige Eliten versuchen, ihre Partikularinteressen durchzusetzen. Die Demokratie ist dann nur noch ein Machtspiel. Aus der Diskrepanz zwischen Ideal und Realität der Demokratie entspringt Bullshit. Die Akteure des Spiels

03 Ders., On Bullshit, Princeton 2005, S. 60

04 Zit. nach Platon, Apologie des Sokrates, Hamburg 2004, 31a.

05 Vgl. etwa Brendan Nyhan/Jason Reifler, Does Correcting Myths About the Flu Vaccine Work? An Experimental Evaluation of the Effects of Corrective Information, in: Vaccine 3/2015, S. 459–464, hier S. 459.

geben vor, den Bürgerinnen und Bürgern zu dienen, obwohl es ihnen tatsächlich nur um Macht und Einfluss geht.

Ein Politiker beispielsweise, der es der Autolobby recht machen möchte und gleichzeitig seine Politik als umweltfreundlich verkaufen will, kann in manchen Situationen gar nicht anders, als Bullshit zu reden. Er kann nicht einfach sagen: „Wir verhindern in der EU strengere CO_2-Werte für Autos, damit die deutsche Autoindustrie weiter ungebremst ihre Geländewagen bauen kann." Stattdessen sagt etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel 2013 auf der Internationalen Automobilausstellung: „Deutsche Hersteller bieten heute Fahrzeuge an, die effizienter und sparsamer sind als je zuvor. (…) Ich hoffe, dass wir mit der EU zu Regelungen kommen, die Innovationsanreize fördern. (…) Wir sind fest davon überzeugt, dass ökonomische und ökologische Belange zu vereinbaren sind." Das ist offenkundig Bullshit, in dem sich jeder, der oberflächlich zuhört, wiederfinden kann, der Umweltbeflissene ebenso wie der Autofreund.

1999 veröffentlichte Dick Morris, der Berater von Bill Clinton, ein Buch mit dem Titel „The New Prince", in dem er eine Wende in der Politik voraussagte: Dank der digitalen Medien würden die Politiker ihr Informationsmonopol verlieren. Die Bürgerinnen und Bürger könnten sich fortan unabhängig informieren – und würden es auch tun. Daher werde das neue Gebot der Politik lauten: „Wer behauptet, muss beweisen". Morris' Prophezeiung eines neuen, aufgeklärten Zeitalters in der Politik ist jedoch nicht eingetreten. Fakten spielen in der Politik noch immer nicht die wichtigste Rolle. Nach wie vor geht es mehr darum, wie man etwas sagt, als darum, was man sagt. Glaubt man den Kolumnisten in den Vereinigten Staaten, dann begann mit dem US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 das „postfaktische Zeitalter" und kam vier Jahre später im nächsten Wahlkampf zu voller Blüte – und zwar vor allem in Person des späteren Wahlsiegers Donald Trump. Er wurde vielfach des Lügens bezichtigt, doch womöglich wäre es treffender, ihn einen Bullshitter zu nennen.

Der Nachweis ist allerdings nicht leicht zu führen. „Welche von Trumps Behauptungen nicht glaubwürdig sind, ist im Allgemeinen leicht zu erkennen", schreibt Harry Frankfurt dazu, „es ist jedoch um einiges schwerer festzustellen, ob seine eindeutig zweifelhaften Aussagen bewusste Lügen oder nur Bullshit sind".[06] Verfälscht Trump gezielt die Wahrheit, oder schert er sich nicht um sie? Mal so, mal so, aber wann was? Nur manchmal lässt es sich klar unterscheiden. Als Beispiel für Trump'sche Lügen führt Frankfurt die Leugnung seiner Verbindungen zum Ku-Klux-Klan und die verzerrte Darstellung der Gesundheitsreform seines Amtsvorgängers Barack Obama an, als Beispiel für Trump'schen Bullshit dessen Tweet „Die besten Taco-Bowls werden im Trump Tower Grill gemacht. Ich liebe Hispanics!". Letztere beiden Äußerungen „kommen als wenig mehr als heiße Luft rüber", stellt Frankfurt fest.[07] Trump will damit keine substanziellen Aussagen machen, sondern Stimmung, in diesem Fall: gutes Wetter bei den lateinamerikanischstämmigen Wählerinnen und Wählern.

Weniger klar ist die Kategorisierung beispielsweise bei Trumps Ankündigung, unter seiner Präsidentschaft würden Millionen illegaler Einwanderer ausgewiesen werden. Vermutlich war sie Bullshit. Möglicherweise hat er dieses Vorhaben niemals ernsthaft verfolgt, aber das war ihm zum Zeitpunkt dieser Ankündigung gleichgültig. Es ging ihm um Wirkung, nicht um Wahrheit. Das ist allerdings eine Vermutung – zwar eine plausible und begründete. Wir können aber nicht ganz ausschließen, dass Trump damals doch überzeugt war, die massenhafte Ausweisung umsetzen zu können, oder zumindest vorhatte, sie einzuleiten. Darin zeigt sich die besondere Tücke des Bullshit: Er lässt sich oft schwerer identifizieren als Lügen. Der Bullshitcheck ist noch mühsamer als der Faktencheck.

Auch deutsche Wahlkämpfe sind von Bullshit geprägt, wenn auch vielleicht weniger offensichtlich. Der Bundestagswahlkampf 2013 war insofern ein Sonderfall, als SPD-Spitzenkandidat Peer Steinbrück mit einer ausdrücklichen No-Bullshit-Strategie den Erfolg suchte. Er reiste mit einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Klartext Open Air" durch Deutschland und fiel in Talkshows mit substanziellen Meinungsäußerungen auf. Der Germanist Joachim Scharloth analysierte die Rhetorik der Kontrahenten Merkel und Steinbrück und fand deutliche Unterschiede. Merkel benutzte vor allem Adjektive wie „lieb", „froh", „gemeinsam", „gut" und „interessant",

06 Harry G. Frankfurt, Donald Trump Is BS, Says Expert in BS, 12.5.2016, http://time.com/4321036/donald-trump-bs.
07 Ebd.

Steinbrück sagte „erkennbar", „finanzpolitisch", „effektiv" und „effizient" und nannte mehr Zahlen. Auffällig oft benutzte Merkel auch Superlative wie „allergrößt", „einzigartig" und „extrem". „Angela Merkel spricht mit mehr emotionaler Emphase", resümierte Scharloth, „Peer Steinbrück hingegen erweckt eher den Eindruck eines kompetenten Experten."[08]

In besagtem Wahlkampf zahlte sich seine Sachlichkeit für Steinbrück nicht aus. Vielleicht beging er den Fehler, den der Kognitionswissenschaftler und Politikberater George Lakoff allgemein Politikern der progressiven Lager ankreidet: „Sie verstehen nicht, wie wichtig Emotionen sind, sie versuchen ihre Emotionen zu verstecken."[09]

RATSCHLÄGE ZUM BULLSHITMANAGEMENT

Zwar blüht heute allerorten der politische Bullshit. Aber dank Internet und anderen neuen Kommunikationsmitteln ist ihm niemand mehr hilflos ausgeliefert – insofern lag Dick Morris richtig. Vielleicht sind die amerikanischen Faktenchecker und die deutschen Plagiatsjäger Pioniere auf dem Weg zu einer bullshitärmeren Politik. Ein No-Bullshit-Agreement wäre ein Dienst an der Demokratie.

Es muss allerdings Ausnahmen vom Bullshitverbot geben. In bestimmten Situationen ist auch Politikern Bullshit erlaubt, nämlich in Form von Humor. Als ein Journalist während des Präsidentschaftswahlkampfs 2000 von George W. Bush wissen wollte, was der größte Fehler seines Lebens gewesen sei, reagierte dieser mit einem selbstironischen Witz: „Na gut, ich habe dieses wunderbare Tauschgeschäft unterschrieben, Sammy Sosa für Harold Baines."[10] Gelächter im Publikum. 1989, als Bush noch Manager des Baseball-Teams Texas Rangers war, hatte er den schmächtigen und mäßig erfolgreichen Spieler Sosa im Tausch gegen Baines an die Chicago White Sox abgegeben – wo aus Sosa einer der erfolgreichsten Spieler aller Zeiten wurde. Bush hatte „einen der schlechtesten Deals in der Geschichte des Baseball" gemacht.[11] Mit seiner schlagfertigen Antwort zeigte er, dass er das Format hatte, den Fehler einzugestehen.

Politik und Wirtschaft haben etwas Wesentliches gemeinsam: Sie sind Wetten auf die Zukunft. Man wählt einen Politiker nicht nur, weil er seine Arbeit gut gemacht hat, sondern auch, weil man glaubt, dass er sie weiterhin gut machen wird. Man investiert nicht nur in ein Unternehmen, weil es sich gut entwickelt hat, sondern auch, weil man glaubt, dass es sich weiterhin gut entwickeln wird. Es geht um Prognosen, Versprechen und Hoffnungen. In dieser Situation ist es verlockend für Politiker, Bullshit zu erzählen. Sie wollen einerseits klar und verbindlich in ihren Aussagen sowie entschlossen und verlässlich in ihrem Handeln wirken – sich andererseits aber alle Optionen offenhalten. Wer weiß, mit wem man nach der Wahl koalieren muss und wie hoch die Steuereinnahmen sein werden? Durchmogeln mit Bullshit ist die Überlebensstrategie im Machtspiel.

Aber wenn Politiker bullshitten, dann auch, weil sie damit durchkommen. Es liegt an Wählern, Journalistinnen, Bürgerinitiativen und Nichtregierungsorganisationen, diese Strategie zu entlarven. Es gilt, genau hinzuhören und hartnäckig nachzufragen. Was hat er oder sie gemeint? Was bedeutet das genau? Was folgt daraus? Zugleich ist es unabdingbar, sich unabhängig zu informieren. Die technischen Möglichkeiten sind dafür heute besser denn je, aber ihr Potenzial ist noch längst nicht ausgeschöpft.

Um einem möglichen Missverständnis vorzubeugen: Mit diesen Ratschlägen soll keineswegs einer kalten Technokratenpolitik das Wort geredet werden. Es regieren immer noch Menschen, keine Fakten, Pläne oder Konzepte. Emotionen haben ihren Platz in der Politik. Wie überall, wo Menschen Verantwortung für andere Menschen tragen, geht es auch um Vertrauen und Gefühle. Aber eine emotionalere Sprache muss nicht bedeuten, Bullshit zu reden.

08 Joachim Scharloth, Die Rhetorik von Angela Merkel und Peer Steinbrück im Vergleich, 15.7.2013, https://blogs.semtracks.com/politik/blog/?p=210.

09 Zit. nach Zoe Williams, George Lakoff: „Conservatives Don't Follow the Polls, They Want to Change Them … Liberals Do Everything Wrong", 1.2.2014, www.theguardian.com/books/2014/feb/01/george-lakoff-interview.

10 Zit. nach Bush Got Bum Rap for Sosa Deal, 27.7.2005, www.washingtontimes.com/news/2005/jul/27/20050727-121928-7814r.

11 Ebd.

TOBIAS HÜRTER
ist stellvertretender Chefredakteur des philosophischen Magazins „Hohe Luft".
tobias@thuerter.de

KLEINE GESCHICHTE DES POLITISCHEN FAKTENCHECKS IN DEN VEREINIGTEN STAATEN

Lucas Graves

In den vergangenen zehn Jahren ist vor allem in den Vereinigten Staaten, aber zunehmend auch in aller Welt, mit dem Faktencheck eine neue Medieninstitution entstanden. Immer mehr Organisationen spezialisieren sich darauf, Behauptungen von Politikerinnen und Politikern auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen, sei es als unabhängige Website, als fester Bestandteil einer Zeitung oder im Rahmen von Nachrichtensendungen. Derzeit gibt es weltweit über Hundert Faktencheck-Websites, die fast alle nach 2010 online gegangen sind,[01] und während des US-Präsidentschaftswahlkampfs 2016 griff so gut wie jeder Nachrichtenanbieter auf politische Faktenchecks zurück. Wie ist diese rasche Verbreitung zu erklären?

Das neue Genre geht eindeutig über das hinaus, was der Medien- und Kommunikationswissenschaftler Kevin Barnhurst anschaulich als *new long journalism* bezeichnet hat – den umfassend dokumentierten Wandel über das vergangene halbe Jahrhundert hin zu einer stärker interpretierenden, analytischen und kritischen Berichterstattung insbesondere bei politischen Themen.[02] Expertinnen und Experten verstehen diese noch stärkere Hinwendung zum Analytischen überwiegend als einen Kulturwandel im Journalismus, der ein verändertes gesellschaftliches Klima, aber auch das Streben der Reporterinnen und Reporter nach beruflichem Status und Autorität widerspiegelt. Gestützt wird diese Annahme davon, wie Journalistinnen und Journalisten über das Faktenchecken berichten, sowie von ihrer selbstbewussten Darstellung, dass es sich dabei um eine Innovation beziehungsweise Evolution der politischen Berichterstattung handelt. Die Faktencheck-Bewegung reproduziert die mit einem analytischeren Journalismus verknüpfte Berufsethik.

In diesem Umfeld hat sich eine Art Institutionengeschichte herausgebildet, in der die Faktenchecker die Wurzeln ihrer Vorgehensweise entlang von Ereignissen rekonstruieren, die bis in die 1980er Jahre zurückreichen. Diese Geschichte erzählt vom Versagen der herkömmlichen objektiven Berichterstattung und wie die Zunft mit neuen Ideen und Techniken darauf reagierte. Zugleich schafft sie einen gemeinsamen Bezugsrahmen, der die Selbstwahrnehmung der Faktenchecker als journalistische Reformerinnen und Reformer untermauert, und liefert damit einen weiteren Beleg für jenen „metajournalistischen" Diskurs, mit dem der Journalismus sich als Community reproduziert, Grenzen festlegt und berufliche Wertvorstellungen geltend macht oder infrage stellt – insbesondere die Objektivität.[03]

In diesem Beitrag möchte ich die Geschichte des politischen Faktenchecks im US-amerikanischen Journalismus beleuchten, die zur Gründung jener drei Organisationen führte, die zu den Leuchttürmen dieser mittlerweile globalen Bewegung gehören: FactCheck.org, PolitiFact sowie die Kolumne „Fact Checker" der Tageszeitung „Washington Post".

SORGENKIND OBJEKTIVITÄT

Eine Berichterstattung, die Behauptungen von Politikern entlarvt, hat eine lange Tradition auf Meinungsseiten, im investigativen Journalismus oder in der alternativen Presse. So brachte beispielsweise ab Ende der 1950er Jahre der linksorientierte Journalist Isidor Feinstein Stone in seinem Skandalblättchen „I. F. Stone's Weekly" Infokästen mit knappen Faktenchecks.[04] Dennoch war es im 20. Jahrhundert selten, dass Übertreibungen und Täuschungen durch Personen des öffentlichen Lebens in der Nachrichtenberichterstattung direkt kritisch hinterfragt wurden.

Immerhin bezeichneten Reporter dies bereits in den 1950er Jahren als eine Art Achillesferse des objektiven Journalismus. „Seit Jahrzehnten huldigt die amerikanische Presse dem Gott der Objektivität", schrieb ein Zeitungsredakteur 1951 auf dem Höhepunkt der antikommunistischen Hysterie, „das schien die Wähler umfassend zu informieren, bis zur Erfindung der Technik der großen Lüge".[05] Die Neutralitätsverpflichtung bedeutete mithin, dass sich skrupellose Politiker vom Schlage eines Senators Joseph McCarthy darauf verlassen konnten, dass die Medien auch die wildesten Behauptungen wortgetreu übermitteln würden. Wie ein anderer Zeitgenosse feststellte, „leistet die objektive Berichterstattung unter dem Druck von McCarthys Methoden schlichtweg skandalösen Unwahrheiten Vorschub".[06]

In den 1980er Jahren begannen Journalisten, Behauptungen von Politikern selbstbewusster anzuzweifeln. Dies war zum Teil auch eine Reaktion auf die wachsende Kritik am Versagen der wortgetreuen Berichterstattung früherer Jahrzehnte. Mit der Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten 1980 trat ein Vorläufer des modernen Faktenchecks in Erscheinung. Reagans späterer Ruf als „Großer Kommunikator" lässt leicht in Vergessenheit geraten, dass er bereits bei seinem Einzug ins Weiße Haus für Fehler und Übertreibungen bekannt war.[07] Auf seiner Wahlkampftour hatte er behauptet, Bäume verursachten mehr Luftverschmutzung als Autos und in Alaska gebe es mehr Öl als in Saudi-Arabien. Immer wieder stellte er Einzelheiten jener staatlichen Programme falsch dar, die er abschaffen wollte. Dieses Motiv zog sich durch seine gesamte Präsidentschaft. „Ronald Reagan hat aus der Pressekonferenz im Weißen Haus ein Forum für Ungenauigkeit, Verfälschung und Unwahrheit gemacht", hieß es gegen Ende seiner Amtszeit.[08]

Zu den Zeitungen, die vom Präsidenten vorgelegte Fakten kritisch hinterfragten, gehörte die „Washington Post". Als Reagan sein Amt antrat, begann sie, mit kurzen Analysebeiträgen zu experimentieren, die als Zusatzinformationen zu den Nachrichtenbeiträgen fungierten und seine falschen Behauptungen hervorhoben.[09] Als Rechtfertigung für diese Genauigkeit wies die Zeitung auf die Vorgeschichte des Präsidenten hin: „Reagans Pressekonferenz folgt bekanntem Muster" lautete etwa die Schlagzeile eines Artikels im September 1982, der Reagans „zahlreiche sachliche Fehler" in einer Wirtschaftsdebatte auflistete.[10] Ein eindrucksvolles Beispiel lieferte auch 1985 die Auswertung eines Radiointerviews, in dem Reagan den Fortschritt verteidigt hatte, den das Regime in Südafrika beim Abbau der Apartheid gemacht habe: Die „Washington Post" widmete Reagans Ausführungen einen sehr kritischen Aufmacher, und ein Infokasten des Johannesburger Korrespondenten der Zeitung unterzog vier wesentliche Behauptungen einem Faktencheck.[11]

Der ehemalige Herausgeber der „Washington Post", Len Downey, erklärte später, Reagans Reputation habe die Zeitung praktisch zu diesem neuen Konzept gezwungen: „Ich hielt es für wichtig, dass die Leser wussten, wann er ungenau war."[12] Doch nach Protesten seitens der Leserschaft wurde das Format wieder aufgegeben. „Wir hörten damit auf, jede Pressekonferenz einer Wahrheitsprüfung zu unterziehen und überließen es nun den Demokraten. (…) Wir zitierten dann beide Seiten", erinnert sich der ehemalige Reporter Walter Pincus.[13] Auch insgesamt nahm die Zahl solcher Faktenchecks in den späteren Jahren von Reagans Präsident-

01 Vgl. Lucas Graves/Federica Cherubini, The Rise of Fact-Checking Sites in Europe, Oxford 2016.

02 Kevin G. Barnhurst, The Makers of Meaning: National Public Radio and the New Long Journalism, 1980–2000, in: Political Communication 1/2003, S. 1–22.

03 Vgl. Matt Carlson, „Where Once Stood Titans": Second-Order Paradigm Repair and the Vanishing US Newspaper, in: Journalism 13/2012, S. 268 f.

04 Vgl. Lucas Graves, Blogging Back Then: Annotative Journalism in I. F. Stone's Weekly and Talking Points Memo, in: Journalism 16/2015, S. 99–118.

05 Houston Waring, zit. nach Ronald May, Is the Press Unfair to McCarthy?, in: New Republic, April 1953, S. 10 ff.

06 Vgl. die Diskussion bei Barbie Zelizer, Journalists as Interpretive Communities, in: Critical Studies in Mass Communication 10/1993, S. 230–233.

07 Vgl. Michael Schudson, The Power of News, Cambridge MA 1995, S. 137.

08 Christopher Hanson [William Boot], Iranscam: When the Cheering Stopped, in: Columbia Journalism Review 2/1987, S. 20.

09 Vgl. Michael Dobbs, The Rise of Political Fact-Checking, Washington D. C. 2012.

10 David Hoffman, Press Conference By Reagan Follows Familiar Pattern, in: Washington Post, 30. 9. 1982, S. A20.

11 Vgl. Lou Cannon, Reagan Calls South Africa „Reformist", in: Washington Post, 27. 8. 1985, S. A1.

12 Zit. nach Dobbs (Anm. 9), S. 4 f.

13 Zit. nach Buying the War, in: Bill Moyers Journal, PBS, Sendung vom 25. 4. 2007.

schaft stark ab. „Diese Praxis ließ nach, als deutlich wurde, dass es die meisten Amerikaner nicht sonderlich interessierte“, so der Medienkritiker Howard Kurtz.[14]

AUFSTIEG DES ADWATCH

Der US-Präsidentschaftswahlkampf 1988 zwischen Vize-Präsident George H.W. Bush und dem Gouverneur des Bundesstaates Massachusetts, Michael Dukakis, gilt in der Geschichte des Faktenchecks als entscheidend.[15] Noch vor seinem Ende galt er bereits als Tiefpunkt aller politischen Kampagnen in den Vereinigten Staaten. „Das Fakten- und Genauigkeitsniveau liegt weit unter dem Standard für eine Präsidentschaftskampagne“, erklärte die Kommunikationswissenschaftlerin Kathleen Hall Jamieson kurz vor der Wahl, „das ist der erste Präsidentschaftswahlkampf, an den ich mich erinnern kann, in dem kapitale sachliche Fehler so vorgebracht werden, als entsprächen sie der Wahrheit“.[16]

Nach der Wahl beklagten Medienkritikerinnen und Journalisten, die Berichterstattung sei irrelevant geworden, da sie sich fortwährend auf Reden und Positionspapiere konzentriert habe und dabei den bösartigen, wahrheitsverzerrenden „Sendekrieg“ mit Wahlkampfspots überwiegend ignoriert habe, der einen Großteil der Wahlkampfgelder verschlungen und möglicherweise das Ergebnis entschieden habe.[17] Der Kolumnist der „Washington Post“ und sogenannte Dekan des Pressekorps in Washington, David Broder, verfasste eine Reihe von Beiträgen über das Debakel, die Faktenchecker heute als ihre Gründungsdokumente bezeichnen. Darin mahnte Broder Reporter an, Wahlwerbung einem Wahrheitstest zu unterziehen. Er nahm die politischen Beraterinnen und Berater aufs Korn, deren Kontakte zur Presse seiner Meinung nach dazu führten, dass die Medienberichterstattung im Wahlkampf milde blieb. Außerdem bot er jenen Stimmen im Journalismus und in der akademischen Welt eine Plattform, die für eine aggressivere Wahlkampfberichterstattung plädierten.

„Wir sollten jeden Spot so behandeln, als wäre er eine Rede des Kandidaten selbst“, schrieb Broder, als 1990 der Kongresswahlkampf in Fahrt kam, „tatsächlich werden ihn weit mehr Menschen sehen beziehungsweise hören als irgendeine Rede, die er live vor einem Publikum hält“. Er bot Pressevertreterinnen und Pressevertretern ein Rezept, wie sie Fehler aus der Vergangenheit vermeiden könnten: „Wir müssen Belege bei dem Kandidaten fordern, der den Spot geschaltet hat, eine Gegendarstellung von seinem Kontrahenten einholen und dann den Fall selbst so weit untersuchen, dass man dem Leser sagen kann, was Fakt ist und was destruktive Fiktion. Auch sollten wir nicht zögern, es klar zu benennen, wenn wir einen Kandidaten beim Lügen, Übertreiben oder beim Entstellen von Fakten ertappen. Die Berater werden immer raffinierter darin, visuell oder verbal Aussagen anzudeuten, die sie in klaren Worten vermeiden.“[18]

Vorlagen hatte der Präsidentschaftswahlkampf 1988 geliefert. Gegen Ende hatte Dukakis die Falschaussagen aufgegriffen, die Bush in zwei aggressiven Fernsehspots über ihn verbreitet hatte.[19] Einer davon war der mittlerweile legendäre „Panzerspot“, in dem Dukakis beschuldigt wurde, sich gegen „praktisch jedes Verteidigungssystem, das wir [die Reagan-Administration] entwickelt haben“, zu stellen. Eine lange Liste wichtiger Verteidigungsprogramme lief über den Bildschirm, während im Hintergrund wenig schmeichelhafte Aufnahmen Dukakis zeigten, der in einem Panzer mitfuhr. Die Vorwürfe waren fast völlig haltlos, und zwei Wochen vor der Wahl nahm der Fernsehsender ABC den Spot in einer Nachrichtensendung auseinander. Der Beitrag hob zunächst Dukakis’ Beanstandungen hervor, ging dann aber dazu über, eine Behauptung aus dem Spot nach der anderen entschieden zu widerlegen. Davon inspiriert, zerlegte auch ein Artikel der „Washington Post“ zwei Tage später den „Panzerspot“ sowie ein weiteres, rassistisch aufgeladenes Wahlwerbevideo, in dem Bush Dukakis Verbrechen anlastete, die Strafgefange-

14 Howard Kurtz, 15 Years Later, the Remaking of a President, in: Washington Post, 7.6.2004, S. C1. Siehe auch Dobbs (Anm. 9), S. 4f.

15 Vgl. etwa Lori Robertson, Campaign Trail Veterans for Truth, December/January 2005, http://ajrarchive.org/Article.asp?id=3784.

16 Zit. nach Lloyd Grove, Campaign Ads Play Fast and Loose With the Truth, in: Washington Post, 21.10.1988, S. A1.

17 So etwa Tom Rosenstiel, Policing Political TV Ads, in: Los Angeles Times, 4.10.1990, S. A1.

18 David Broder, Five Ways to Put Some Sanity Back in Elections, in: Washington Post, 14.1.1990, S. B1.

19 Vgl. ders., Should the Media Police the Accuracy of Political Ads?, in: Washington Post, 14.1.1989, S. A22.

ne während eines Wochenend-Hafturlaubs begangen hatten, den Dukakis als Gouverneur in seinem Bundesstaat auch Schwerverbrechern ermöglicht hatte.[20]

Die Nachrichtenkanäle konzipierten ihre Faktenchecks als Analysen der verfälschenden Darstellungen beider Seiten, wobei Bushs Taktik deutlich übler war. „Das Problem [ist], dass man immer beide Seiten einer Geschichte beleuchten will", sagte der Produzent des ABC-Beitrags Jahre später, „in diesem Fall gab es aber nur eine Seite".[21]

Während des Kongresswahlkampfs 1990 erschienen immer mehr sogenannte *Adwatch*-Beiträge zur Überprüfung von Wahlwerbung auf ihren Wahrheitsgehalt, sowohl im Fernsehen als auch in den Zeitungen, wo sie inoffiziell als *truth boxes* bekannt wurden.[22] Journalisten beschrieben das Format als eine Art professionelle Innovation, die durch immer niederträchtigere Wahlkampftaktiken erforderlich geworden sei. „Das ist das Jahr, in dem es zu einer ernsthaften Auflehnung gegen die zunehmende Schäbigkeit in unserer Politik kommen könnte", schrieb Broder, nachdem er Beispiele von Faktenchecks im ganzen Land untersucht hatte.[23] In einer weiteren positiven Einschätzung des Trends berief sich der Medienjournalist Tom Rosenstiel auf den Urtext der Kampagnenberichterstattung, um das neue Genre zu erklären: „In diesem Jahr haben die amerikanischen Nachrichtenmedien etwas in Angriff genommen, das viele Wahlkampfexperten und Journalisten als den ersten echten Fortschritt in der Presseberichterstattung über Politik bezeichnen, seit Theodore White in seinem richtungsweisenden Buch ‚The Making of the President 1960' erstmals einen Blick hinter die Kulissen der Mechanismen der Kampagnenführung geworfen hat."[24]

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 1992 brachten mehr als die Hälfte der größten US-Zeitungen mindestens einen *Adwatch*-Bericht.[25] TV-Nachrichtenredaktionen griffen das Format dankbar auf, allen voran der Nachrichtensender CNN, der seine Sonderredaktion auf Faktenchecks ansetzte. In den letzten Wahlkampfmonaten folgten andere Sender diesem Beispiel. CBS verwendete die Bezeichnung „Campaign '92 Reality Check" und setzte bei der Einführung der Beiträge ein Stempellogo ein. Der Trend griff auch auf Lokalredaktionen über: 2007 ergab eine Befragung von Nachrichtendirektoren lokaler Fernsehkanäle, dass der Anteil derer unter ihnen, die *Adwatch*-Beiträge sendeten, von unter zehn Prozent Mitte der 1990er Jahre auf fast 50 Prozent gestiegen war.[26]

„JAHR DES FAKTENCHECKS"

Als eine Art Begleiterscheinung des *adwatching* entstand die Website FactCheck.org. Brooks Jackson, damals Politikredakteur bei CNN, wurde 1991 von der Sendergruppe mit der Erstellung von *Adwatch*-Beiträgen betraut. „Ich tat es nur ungern", blickt er zurück, „denn es passte nicht zu dem, was ich nach meiner Ausbildung und meiner langen Erfahrung bei Associated Press und dem ‚Wall Street Journal' mit objektiver journalistischer Arbeit verband, da es mehr oder weniger notwendig war, seine persönliche Meinung einzubringen, falsche oder irreführende Dinge auch als solche zu benennen und Schlussfolgerungen zu ziehen".[27] Dennoch machte er sich das neue Format zu eigen, das in der Sendergruppe rasch beliebt wurde. Bald stellten die Beiträge Behauptungen infrage, die über politische Werbung hinausgingen, und wurden als „Faktenchecks" bezeichnet.

Um das Format weiterzuentwickeln, arbeitete Jackson eng mit Kathleen Hall Jamieson zusammen. Deren Forschung legte nahe, dass schlecht konzipierte Faktenchecks die Botschaf-

20 Vgl. Grove (Anm. 16).

21 So Richard Threlkeld bei einer Paneldiskussion zur Medienanalyse von politischer Werbung an der Annenberg School for Communication, Washington D.C. 26.2.1992.

22 Die Wurzeln des *Adwatch*-Trends diskutiert Debra Gersh Hernandez, Improving Election Reporting, in: Editor & Publisher 129/1996, S. 16.

23 David Broder, Sick of Issueless Campaigns, in: Washington Post, 28.3.1990, S. A23.

24 Rosenstiel (Anm. 17).

25 Vgl. Justin Bank, Newspaper Adwatch Stories: Coming Back Strong, Philadelphia 2007. Siehe auch Courtney Bennett, Assessing the Impact of Ad Watches on the Strategic Decision-Making Process: A Comparative Analysis of Ad Watches in the 1992 and 1996 Presidential Elections, in: American Behavioral Scientist 40/1997, S. 1161–1182.

26 Vgl. Bob Papper, TV Adwatch Stories: On the Rise, Philadelphia 2007.

27 Brooks Jackson im Interview mit dem Autor, Washington D.C. 3.12.2012.

ten, die sie eigentlich widerlegen wollten, noch verstärken konnten.[28] Das Interesse von CNN an dem Format ebbte jedoch wieder ab, sodass Jackson und Jamieson 2003 mit Mitteln der Annenberg-Stiftung FactCheck.org gründeten. In einem Radiointerview vor den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl in Iowa 2004 präsentierte Jackson die Website als eine Kurskorrektur des politischen Journalismus: „Seit Teddy White dieses wunderbare Buch ‚The Making of the President 1960' geschrieben hat, haben sich Berichterstatter meiner Meinung nach zu sehr in die Richtung bewegt, über Wahlkampagnen zu berichten wie über Pferderennen. Sie haben Insiderinformationen darüber gebracht, was die Kampagnen bezwecken, wie sie Umfragen nutzen, wie sie Gelder beschaffen, wer noch im Rennen ist und wer nicht. Ich glaube, das Pendel ist vor einer oder sogar vor zwei Generationen ein bisschen zu weit in die Richtung ausgeschlagen, dass über Abläufe berichtet wird. Wenn FactCheck.org ein wenig dazu beitragen kann, dass dieses Pendel wieder zurück zu einer substanziellen Berichterstattung schwingt, dann, denke ich, werden wir etwas erreicht haben, das es wert ist, erreicht zu werden."[29]

Mit dem Start von FactCheck.org ging eine Welle von Faktenchecks bei Zeitungen und TV-Sendern einher, sodass 2004 bald als das „Jahr des Faktenchecks" bezeichnet wurde. Journalisten beschrieben diese Entwicklung als eine Reaktion auf die ungewöhnlich raue Kampagnenführung in jenem Jahr. Verkörpert wurde diese durch die „Swift Boat"-Spots, die die Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, John Kerry, im Vietnamkrieg infrage stellten.[30] Was mit der Untersuchung der „Swift Boat"-Kampagne begann, etablierte sich bald als festes Format.

Eine Episode, der im Umfeld der Faktenchecker für diesen Prozess große Bedeutung zugeschrieben wird, ist die theatralische Rede des Gouverneurs von Georgia, Zell Miller, auf dem Parteitag der Republikaner 2004.[31] Miller spulte eine Liste militärischer Programme herunter, gegen die John Kerry als Senator gestimmt hatte, um damit zu suggerieren, dessen Schwachpunkt liege in der Verteidigungspolitik. Dabei hatte es sich überwiegend um verfahrensrechtliche Abstimmungen gegen Gesetzesvorlagen gehandelt, die Kerry letztlich unterstützte – und das wussten auch die Journalisten. „Die Rede von Zell Miller war für mich eine Art Offenbarung. Ich schrieb nichts anderes als eine Pferderennen-Story und fühlte mich dabei echt schuldig", blickt Bill Adair zurück, der in der Folge PolitiFact gründete.[32] „Die Sache entwickelte sich aus einem Schuldgefühl heraus. (…) Ich war ein passiver Mitverschwörer gewesen, indem ich ungenaue Informationen weitergegeben hatte, ohne sie auf die Art und Weise einem Faktencheck zu unterziehen, wie ich es hätte tun sollen. Daher trat ich mit dem Vorschlag an meine Redaktion heran, wir sollten eine Website aufbauen, auf der wir rund um die Uhr Faktencheck betreiben würden."[33]

Eine ähnliche Vorgeschichte hat auch die Kolumne „Fact Checker" in der „Washington Post". Die Recherche unter anderem zu den „Swift Boat"-Vorwürfen während des Präsidentschaftswahlkampfs 2004 überzeugte Michael Dobbs von der Notwendigkeit, den Faktencheck in der Zeitung für die nächsten Präsidentschaftswahlen zu institutionalisieren.[34] Glenn Kessler, der 2011 Dobbs Nachfolge als Faktenchecker der Zeitung antrat, verweist ebenfalls auf den Wahlkampf 2004: „Das Niveau der Attacken während des Parteitages der Republikaner ließ uns die Notwendigkeit erkennen, die Dinge für unsere Leser in den Kontext zu stellen."[35]

Beide betonen, dass sie zuvor über Diplomatie und internationale Angelegenheiten berichtet hatten.[36] „Ich schrieb diese außergewöhnliche Story über den Zusammenbruch des Kommunismus", erzählte Dobbs 2007 im Kreis anderer Faktenchecker: „Als wir diese Story schrieben,

28 Siehe etwa Joseph N. Cappella/Kathleen Hall Jamieson, Broadcast Adwatch Effects: A Field Experiment, in: Communication Research 21/1994, S. 342–365.

29 Zit. nach WNYC, On the Media, Sendung vom 16.1.2004.

30 Vgl. Robertson (Anm. 15).

31 Jake Tapper auf dem Treffen „Pants on Fire: Political Mendacity and the Rise of Media Fact-Checkers" des Annenberg Public Policy Center, Washington D.C. 9.11.2007.

32 Bill Adair auf dem Treffen „Fact-Checking in the News" der New America Foundation, Washington D.C. 14.12.2012.

33 Ders. während der Podiumsdiskussion „The Facts of Political Life" der New America Foundation, Washington D.C. 28.2.2012.

34 Vgl. Dobbs (Anm. 9), S. 4.

35 Zit. nach Thomas Lang, Glenn Kessler on Fact-Checking Candidates, Getting Off the Bus, and Reporters Who Are Ahead of the Curve, 17.9.2004, www.cjr.org/the_water_cooler/glenn_kessler_on_factchecking.php.

36 Glenn Kessler in einem Telefoninterview mit dem Autor, 18.4.2012.

versuchten wir nicht, fair und ausgewogen zu sein. Wir versuchten zwar fair zu sein, aber wir versuchten nicht, ausgewogen zu sein. (…) Wir versuchten die Wahrheit zu erzählen, wie sie sich uns darstellte. Hätten wir uns an die strengen Gepflogenheiten des amerikanischen Journalismus gehalten, wären wir nicht in der Lage gewesen, diese unglaubliche Geschichte zu beschreiben, die sich da sehr wahrhaftig vor unseren Augen abspielte."[37]

FAZIT

Auf die geschilderte Weise sehen Praktiker den Faktencheck als Teil des fragilen Machtgleichgewichts zwischen Journalisten und Politikern. Eine gemeinsame Erzählung von Erfolgen und Misserfolgen in der politischen Berichterstattung verfestigt ihre Wahrnehmung des Faktenchecks als professionelle Antwort auf neue Taktiken und Techniken in der Politik.

Wirklich neu ist diese Art historiografisches Projekt natürlich nicht. Auf die kulturelle Leistung ist bereits hingewiesen worden, die es bedeutet, wenn Reporter miteinander über heroische und weniger heroische Episoden in der Geschichte des Journalismus sprechen.[38] Journalisten „finden zueinander, indem sie Geschichten über ihre Vergangenheit erzählen, die routinemäßig und informell unter ihnen zirkulieren", argumentiert etwa die Kommunikationswissenschaftlerin Barbie Zelizer. Dieses „Storyrecycling" diene dazu, sich gemeinsamer Werte und Praktiken zu versichern und neue zu legitimieren, um „den Praktiken Geltung zu verschaffen, denen traditionelle Auffassungen von Journalismus keine Bedeutung einräumen".[39] So hätten Reporter im Rückblick auf die höchst unkritische Berichterstattung auf dem Höhepunkt des McCarthyismus diese peinliche Geschichte zu einem moralischen Lehrstück gemacht, das einen Wandel hin zu einem kritischeren, interpretierenden Journalismus rechtfertigte.

Daher überrascht nicht, dass häufig noch eine andere Geschichte zur Sprache kommt, wenn Faktenchecker über ihre Bewegung sprechen: der Irak-Krieg 2003. Immer wieder weisen Journalisten auf Faktenchecks als Mittel gegen die wortgetreue Berichterstattung hin, die der Administration von US-Präsident George W. Bush half, für den Krieg zu argumentieren. In praktischer Hinsicht ergibt diese Verbindung wenig Sinn, denn politische Faktenchecker dürften kaum über die entsprechenden Ressourcen verfügt haben, um die Angaben des Weißen Hauses zum irakischen Waffenprogramm zu widerlegen.[40] Sie ergibt hingegen durchaus Sinn, wenn wir den Faktencheck als eine Reaktion auf die leichtgläubige Insiderkultur verstehen, die die Leistung der Medien beeinflusst – als einen selbstbewussten Versuch, das Machtgleichgewicht zwischen Journalisten und Amtsträgern wiederherzustellen.

Übersetzung aus dem Englischen: Peter Beyer, Bonn.

Dieser Beitrag basiert auf Lucas Graves, Deciding What's True. The Rise of Political Fact-Checking in American Journalism, New York 2016.

37 Michael Dobbs auf dem Treffen „Pants on Fire: Political Mendacity and the Rise of Media Fact-Checkers" des Annenberg Public Policy Center, Washington D.C. 9.11.2007.

38 Vgl. etwa Michael Schudson, Watergate in American Memory: How We Remember, Forget, and Reconstruct the Past, New York 1992.

39 Barbie Zelizer, Journalists as Interpretive Communities, in: Critical Studies in Mass Communication 10/1993, S. 219–237, hier S. 223 f.

40 Professionelle Faktenchecker stützen sich ausschließlich auf öffentlich zugängliche Dokumente und Quellen. Die beste skeptische Berichterstattung im Vorfeld der US-Invasion des Irak basierte auf anonymen Abweichlern innerhalb des Verteidigungssektors und der Geheimdienste. Vgl. Michael Massing, Now They Tell Us, 29.1.2004 , www.nybooks.com/articles/2004/02/26/now-they-tell-us.

LUCAS GRAVES
ist Assistant Professor an der School of Journalism and Mass Communication der University of Wisconsin-Madison, USA.
lucas.graves@wisc.edu

BILDER UND „HISTORISCHE WAHRHEIT“

Jens Jäger

Unsere Vorstellungen von der Vergangenheit sind durch Bilder geprägt. Besondere Persönlichkeiten der Geschichte, Ereignisse, Personen, Orte, Landschaften sind als Bilder präsent, teils in der Rolle von Zeitzeugen, teils als spätere Verbildlichungen. Die Unmittelbarkeit von Bildern, ihr scheinbar leicht zu entschlüsselnder Inhalt und die ästhetische Gestaltung machen sie zu eingängigen Informationsangeboten. Bilder öffnen einen spezifischen Zugang zur Vergangenheit.

Gleichzeitig beeinflussen sie die Geschichte. Es war und ist leicht, mit Bildern zu argumentieren und sie nachträglich zu verändern, und noch einfacher scheint dies im digitalen Zeitalter zu sein. Dabei handelt es sich um ein globales Phänomen, das alle politischen Systeme betrifft, denn Bilder sind zweifellos und schon sehr lange wichtige Vermittler von Informationen und Wissen, aber auch von Meinungen, ganz ohne Manipulation oder bewusste Fälschung. Doch wenn ein Bild nicht abstrakt ist oder offensichtlich einem anderen Zweck dienen soll, etwa vor allem ästhetischem Genuss, so gehen wir reflexartig zunächst davon aus, auf die Wahrhaftigkeit des Dargestellten vertrauen zu können.

Warum wird überhaupt von Bildern Glaubwürdigkeit und Wahrheit erwartet? Können Bilder lügen, wie immer wieder behauptet wird?[01] Worin besteht der besondere Erkenntniswert von Bildern? Können sie der Schlüssel zu „historischer Wahrheit“ sein?

BILDERGLAUBE – BILDERSKEPSIS

Der Reflex, Bildern glauben zu wollen, rührt daher, dass sie den Betrachterinnen und Betrachtern scheinbar große Freiheit im Urteil ermöglichen und die Künstlerinnen und Künstler die Welt gleichsam nur vermitteln. Bilder scheinen zunächst unmittelbar über die Wirklichkeit zu informieren, vor allem wenn es sich um gegenständliche Darstellungen handelt, die den Seheindruck imitieren oder sich an ihm orientieren. Weil Bilder sich mit der individuellen Erfahrung der Betrachter verknüpfen lassen, kann der Eindruck entstehen, dass die Seherfahrung vor dem Bild sich direkt auf den gezeigten Gegenstand richtet und die Subjektivität der Darstellung in den Hintergrund tritt – umso mehr, je realistischer die Abbildungsweise.

Ab der Renaissance strebte man – zumindest in der europäischen Malerei – danach, durch eine Verfeinerung der Technik Objekte möglichst dicht am menschlichen Seheindruck zu reproduzieren.[02] Die Zentralperspektive rückte den Betrachter in eine privilegierte Position, scheint doch das Sichtbare auf das sehende Individuum ausgerichtet, das so ins Zentrum der Welt gesetzt wird. Dazu gesellte sich die Vorstellung, dass der geniale Künstler die sichtbare Welt wahrhaft – das bedeutet auch das innere Wesen der Dinge oder Geschehnisse umfassend – abbildet. Ein Bild sollte also auch ermöglichen, Abwesendes zu schauen und individuell zu erfahren.

Durch die technischen Revolutionen in der Bilderproduktion und Bilderverbreitung ab dem 19. Jahrhundert wurden Bilder immer schneller und für ein immer breiteres Publikum verfügbar. Die grundsätzliche Auffassung, dass die Welt, wie sie ist, durch Bilder darstellbar ist, hat diese Entwicklungen überdauert. Gleichwohl sind technisch produzierte Bilder ins Zentrum dieser Vorstellung gerückt: Ob analoge oder digitale, bewegte oder unbewegte Bilder, es wird ihnen zugeschrieben, die Wirklichkeit potenziell wahrheitsgemäß abzubilden, während künstlerischen Darstellungen weit mehr Subjektivität zugestanden wird.

Das hat teils technische Gründe: Fotografien und Filmaufnahmen erscheinen als Ergebnis eines Aufnahmeprozesses, der keinem menschlichen Einfluss unterliegt. Entsprechend hoch ist die Erwartung, dass sie jenseits von Standpunkten und Eingriffen informieren. Schon bei den Präsentationen der ersten brauchbaren fotografischen Verfahren 1839 wurde die weitgehende Unabhängigkeit dieser Art der Bildproduktion

von menschlichen Fähigkeiten als die große Stärke fotografischer Technik gepriesen, die sie zur „objektivsten" Form der Abbildung mache.[03]

An dieser Grundannahme hat sich wenig geändert. Das liegt daran, dass Fotografien meist nicht im Widerspruch zur Alltagserfahrung stehen: Die gezeigten Formen und Details werden sehr häufig als zutreffend empfunden, zwischen Bildobjekt und Realität werden Übereinstimmungen festgestellt. So lassen sich konkrete Personen und Dinge, Gebäude und Landschaften oder auch Zustände und Geschehnisse recht gut identifizieren, die aus eigener Anschauung oder vertrauenswürdigen Quellen bekannt sind. Diese Annahme wird auch auf Fotografien übertragen, die nicht mit persönlicher Erfahrung abgeglichen werden können. Zudem treten Fotografien in Beziehung mit anderen Bildern und Beschreibungen des Objekts. Prinzipiell steht ein ganzes Netzwerk medialer Repräsentation zur Verfügung, um den Realitätsgehalt eines Bildes zu überprüfen.

Kompliziert wird es bei Verknüpfungen mit Wissensbeständen, die sich nicht aus dem Bild selbst ergeben, sondern durch diejenigen hergestellt werden, die das Bild verwenden. Sinngebungen und Deutungen, Werturteile und Interpretationen, Zusammenhänge und Behauptungen können dann kontrovers sein. Hier können die banalen Tatsachen, die ein Bild zeigt, mit den alles andere als banalen Sinngebungen kollidieren. Es werden Spannungen erzeugt, die aus der Verbindung von „wahren" Bildaussagen oder Details und „falschen" Deutungen oder Zuschreibungen entstehen.

Widersprechen Bilder der Alltagserfahrung und dem vorhandenen Wissen, werden sie skeptisch betrachtet. Sind sie wie etwa eine Karikatur bewusst als Meinungsäußerung gestaltet, sind Betrachter darauf eingestellt, eine bestimmte Meinung zu sehen und richten ihre Skepsis daher nicht gegen das Bild an sich, sondern gegen dessen Urheber. Je realistischer ein Bild, desto höher die Erwartung, dass es sein Motiv unabhängig und wahrheitsgemäß wiedergibt, und desto eher tritt es selbst in die Zeugenrolle, mit allen Vorbehalten, die Zeugenaussagen begleiten. Entsprechend trifft der Vorwurf der Lüge vor allem gegenständliche Darstellungen.

LÜGENDE BILDER?

Streng genommen kann ein Bild nicht im herkömmlichen Sinn lügen – es zeigt, was es zeigt. Das bedeutet jedoch nicht, dass Bilder passive Objekte in einem kommunikativen Prozess sind. Bilder können sehr wohl aus sich heraus wirken, Reaktionen hervorrufen und eine ganze Palette von Gefühlen erzeugen, die von nüchterner intellektueller Auseinandersetzung bis hin zu tiefster Abscheu reichen. Eine Lüge bedarf allerdings eines Bewusstseins, ebenso wie der Wille zur Wahrheit nicht aus dem Objekt herrührt, sondern aus der Motivation dessen, der es produziert und verwendet. Wenn also der Vorwurf gegenüber einem gegenständlichen Bild laut wird, es würde lügen, steht dahinter der Wunsch, dass die Bilderzeuger Wirklichkeit vermitteln sollen.

Nun besteht aber selten ein Konsens darüber, was „Wirklichkeit" war oder ist, und der gleiche Sachverhalt kann sehr unterschiedlich beurteilt werden. Ebenso können die Wahrnehmungen von Personen und Dingen weit auseinandergehen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass es beispielsweise in der religiösen Kunst weniger darum geht, den äußeren Anschein einer Person oder eines Sachverhalts darzustellen, sondern vor allem darum, den Glauben anzuregen, zu bestärken und zu vertiefen. Auch ist der Bezugspunkt nicht die materielle Welt, sondern die Quelle der Offenbarung Gottes. Immer aber geht es um „Wahrheit", die Bilder sinnlich wahrnehmbar machen sollen.[04] Die äußere Erscheinung der Dinge, Personen und Sachverhalte ist dabei eher sekundär.

Das gilt im weitesten Sinn für jede Bildform und zu allen Zeiten – selten geht es allein um das Abgebildete. Daher sind Bilder auch Teil gesellschaftlicher Auseinandersetzung und damit als

01 Vgl. etwa Andreas Schreitmüller, Alle Bilder lügen. Foto – Film – Fernsehen – Fälschung, Konstanz 2005; Hans Walter Hütter/Petra Rösgen, Bilder, die lügen, Bonn 1998; Frank Miener, Bilder, die lügen. Fotos in den Printmedien im digitalen Zeitalter. Eine Betrachtung der Risiken und Sicherung für Redaktionen, Norderstedt 2004.

02 Vgl. Hans Belting, Zu einer Ikonologie der Kulturen. Die Perspektive als Bilderfrage, in: Gottfried Boehm/Horst Bredekamp (Hrsg.), Ikonologie der Gegenwart, München 2009, S. 9–20.

03 Nachzulesen in jeder einführenden Geschichte der Fotografie, ausführlich bei Peter Geimer, Theorien der Fotografie zur Einführung, Hamburg 2009.

04 Vgl. Karl Kardinal Lehmann, Das Bild zwischen Glauben und Sehen, in: Boehm/Bredekamp (Anm. 2), S. 83–98.

historische Quellen bedeutsam. Doch sind Bilder nicht wahrhaftiger oder realitätsgenauer als etwa Texte. Jedes Bild ist ausschnitthaft, stellt nur Teilaspekte der (vergangenen) Wirklichkeit dar und wird durch die Nutzer gezielt in Zusammenhänge eingebettet, die seinen Sinn erzeugen. Die Glaubwürdigkeit von Bildern hängt somit immer davon ab, wer zu welchem Zweck und in welcher Form Bilder erzeugt und nutzt sowie ob das Bild mit dem vorhandenen Wissen im Einklang steht, also plausibel ist und nicht anderen Bildern oder Erkenntnissen widerspricht.

Der Journalist Alain Jaubert hat 1986 zahlreiche Fotografien zusammengestellt, die retuschiert oder deren Erscheinung durch Ausschnittwahl und/oder -vergrößerung verändert wurden.[05] Mal wurden Personen, mal Details aus einer Fotografie entfernt, mal Situationen durch Hineinkopieren von Personen erschaffen, die so vor einer Kamera niemals stattgefunden haben. Dennoch enthalten diese Fotografien Informationen und – wenn man so will – Partikel vergangener Wirklichkeit. Es lässt sich aber weder von einem realistischen Detail auf die Wahrhaftigkeit des ganzen Bildes schließen, noch wird damit die gewünschte Aussage, die meist durch beigefügte Bildlegenden oder Texte gesteuert wird, zu einer unhinterfragbaren Dokumentation.

Das gilt nicht nur für den Gebrauch von Fotografien in Diktaturen, sondern findet sich in allen politischen Regimen und allen gesellschaftlichen Zusammenhängen sowie – meist in milderer Form – selbst in privaten Fotoalben: Fotografien werden bearbeitet, beschnitten, mit anderen Bildern kombiniert und mit Texten versehen, die eine Geschichte erzählen, die nicht zwangsweise mit Aufnahmesituation, -zeitpunkt und -ort des fotografierten Geschehens zu tun haben muss.

Wenngleich gerade Fotografien aufgrund ihrer technischen Entstehungsbedingungen oftmals ein höherer Authentizitätsanspruch zugestanden wird, sind die damit begründeten Aussagen nicht per se glaubwürdiger. Sie werden es erst, wenn über Entstehungsbedingungen und Bearbeitung sowie Verwendung Klarheit besteht. Auch ihre „Wahrhaftigkeit" entsteht aus dem Zusammenspiel zwischen der Glaubwürdigkeit von Fotograf, Verbreiter und Technik.

BILDER ALS HISTORISCHE QUELLEN

Bilder sind also niemals wahrer oder unwahrer als andere historische Quellen. Das Wort „Baum" etwa mag in einem Text korrekt geschrieben sein, das sagt aber noch nicht, warum es verwendet wurde. Ebenso im Bild: Dort mag ein bestimmter Baum in seiner äußeren Erscheinung richtig wiedergegeben sein, das sagt aber nichts darüber aus, warum und in welchem Zusammenhang er abgebildet wurde. Bilder können nicht der Königsweg zu so etwas wie „historischer Wahrheit" sein. Alle Bildformen reduzieren die Komplexität des Geschehens zunächst auf visuelle Aspekte, und auch diese werden zusätzlich vereinfacht, je nach Technik.

Selbst darüber, was überhaupt als „Bild" Gegenstand historischer Analyse sein soll, wird gestritten.[06] Gehören bewegte Bilder, Skulpturen, Reliefs und Architektur dazu? Sind auch Träume, Fantasien und Metaphern Bilder? Muss ein Bild ein materielles Trägermedium besitzen, wie etwa Papier, Leinwand oder Pappe? Pragmatische Bildbegriffe, wie sie häufig ausdrücklich oder unterschwellig verwendet werden, orientieren sich an alltäglich bekannten Bildformen: So setzen zum Beispiel Gemälde, Zeichnung, Grafik, Fotografie, Plakat, Postkarte einen materiellen Bildträger voraus, der auch selbst als Objekt untersucht werden könnte.[07]

05 Siehe Alain Jaubert, Le Commissariat aux archives: les photos qui falsifient l'histoire, Paris 1986 (deutsche Ausgabe: Fotos, die lügen. Politik mit gefälschten Bildern, Frankfurt/M. 1989). Vgl. auch David King, The Commissar Vanishes: The Falsification of Photographs and Art in Stalin's Russia, London 1997.

06 Vgl. Christine Brocks, Bildquellen der Neuzeit. Paderborn 2012, S. 13–19; Gerhard Paul, Das Jahrhundert der Bilder. Die visuelle Geschichte und der Bildkanon des kulturellen Gedächtnisses, in: ders. (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 1: 1900–1949, Bonn 2009, S. 14–39. Grundlegende Überlegungen finden sich bei Gottfried Boehm (Hrsg.), Was ist ein Bild?, München 1994.

07 Vgl. Brocks (Anm. 6); Michael Maurer, Bilder, in: ders. (Hrsg.): Aufriß der Historischen Wissenschaften, Bd. 4: Quellen, Stuttgart 2002, S. 402–426; Rolf Reichardt, Bild- und Mediengeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 219–230; Irmgard Wilharm, Einleitung. Geschichte, Bilder und die Bilder im Kopf, in: dies. (Hrsg.), Geschichte in Bildern. Von der Miniatur zum Film als historische Quelle, Pfaffenweiler 1995, S. 7–24.

Abbildung: Lenin spricht zu Rotarmisten, Moskau 5.5.1920

Rechts auf der Treppe stehen Trotzki und Kamenew (oben); in der später verwendeten, retuschierten Version fehlen sie (unten).
Quelle: Haus der Geschichte, Bonn / © Staatliches Historisches Museum Moskau

Etwas abstrakter muss für ein Bild als geschichtswissenschaftliches Untersuchungsobjekt gelten, dass es wahrnehmbar für das menschliche Auge, künstlich im Sinne eines erfolgten menschlichen Eingriffs (wie gering er auch sei) sowie relativ dauerhaft im Sinne intersubjektiver Wiederholbarkeit der Wahrnehmung ist. Das schließt Bilder ein, die mithilfe technischer Apparate wie ein Projektor oder ein Bildschirm gezeigt werden, die also nicht fest mit einem materiellen Träger verbunden sind.[08]

All diese Bilder ermöglichen historische Erkenntnis. Diese ergibt sich aber nicht nur aus dem Bild selbst, sondern auch aus den Sehgewohnheiten einer Epoche und einer Kultur – also aus dem, was üblicherweise in einer Gesellschaft in Bildern „gesehen" werden kann, darf und sollte. Der Weg zu historischer Erkenntnis aus und mit Bildern führt daher über zwei Ansatzpunkte: zum einen über das Bild selbst und seinen Inhalt sowie zum anderen über die Geschichte seiner Wahrnehmung und Interpretation.

Aber auch das führt nicht eher als Texte zu „historischer Wahrheit". Denn „historische Wahrheit" ist selbst ein problematischer Begriff, da sich der Gegenstand geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis notwendigerweise einer Überprüfung entzieht – Vergangenheit ist unzugänglich. Dennoch „können Aussagen über die Geschichte wahr beziehungsweise objektiv sein, sofern sie frei von inneren Widersprüchen sind, keinen Naturgesetzen zuwiderlaufen und es Überreste der vergangenen Wirklichkeit gibt, die bestimmte Thesen und Ansichten über das Gewesene zulassen", stellt der Historiker Stefan Jordan fest.[09]

Bildquellen besitzen ihre Stärke darin, dass sie visuell erfahrbare Teilbereiche vergangenen Geschehens vermitteln, die auf andere Weise nicht überliefert wurden. Sie geben Auskunft über die Regeln dessen, was in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit auf welche Weise gezeigt werden durfte.

So mag eine Fotografie Lenin bei einer Rede zeigen (*Abbildung*).[10] Die Aufnahme entstand nachweislich am 5. Mai 1920, als Lenin in Moskau zu sowjetischen Truppen sprach. Der offiziell beauftragte Fotograf Grigori Petrowitsch Goldstein (1870–1941) machte mehrere Aufnahmen, von denen einige in verschiedenen Versionen abgedruckt wurden. Die Haltung und Geste Lenins, wie sie auf der linken Bildseite festgehalten wurde, hat sich zu einer Ikone sowjetischer Leninverehrung entwickelt. Der Bildbefund entspricht dem Wissen über das Aussehen Lenins; auch ist die Gesamtsituation korrekt beschrieben: eine Rede an einem bestimmten Tag an einem überprüfbaren Ort. Auch gibt es Informationen zu Kleidung und Körperhaltung, die gewiss nicht Anlass waren, in diesem Moment zu fotografieren.

Dies alles bleibt erhalten, auch wenn bei späteren Veröffentlichungen des Bildes die ebenfalls abgebildeten Leo Trotzki und Leo Kamenev, nachdem sie 1927 in Ungnade gefallen waren, wegretuschiert und kleinere Details verändert wurden. Aus zeitgenössischer Sicht des Regimes war das ein legitimer, ja geradezu notwendiger Akt: Lenin galt es, zu verehren, doch nicht jene Mitstreiter der Revolution, die nunmehr als Verräter galten,[11] aber im ikonischen Bild durch die Nähe zum Revolutionshelden ebenfalls geehrt worden wären. Zweifellos war dies eine Bildmanipulation, und sie zeigt, wie wichtig dieses Bild genommen wurde und auch noch wird.

Natürlich ist das retuschierte Bild keine Aufnahme, die das Kriterium erfüllt, dass alles, was im Augenblick des Fotografierens auf der lichtempfindlichen Schicht eine Reaktion ausgelöst hat, auch auf dem Abzug zu sehen sein muss – das gilt für die erste Abbildung, soweit das ermittelbar ist, ohne dass dies der entscheidende historische Aussagewert wäre. Das zweite Bild erfüllt diese Anforderung nur in Teilen und ist dadurch eine besonders aufschlussreiche Quelle, weil es Hinweise auf Weltsicht und Absicht derjenigen gibt, die das Bild veränderten – und genau das bedarf einer entsprechenden kritischen Analyse.

08 Ausführlicher bei Jens Jäger, Überlegungen zu einer historiografischen Bildanalyse, in: Historische Zeitschrift 304/2017 (i. E.).

09 Stefan Jordan, Vetorecht der Quellen, Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11. 2. 2010. http://docupedia.de/zg/Vetorecht_der_Quellen.

10 Klaus Waschik, Wo ist Trotzki? Sowjetische Bildpolitik als Erinnerungskontrolle in den 1930er Jahren, in: Paul (Anm. 6), S. 252–259.

11 Diese Tilgung aus dem öffentlichen Andenken ist seit der Antike als *damnatio memoriae* bekannt. Für ausführliche Informationen zu dem Bild und seiner Veröffentlichungsgeschichte vgl. Klaus Waschik, Virtual Reality. Sowjetische Bild- und Zensurpolitik als Erinnerungskontrolle in den 1930er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 1/2010, S. 30–54, www.zeithistorische-forschungen.de/1-2010/id=4745.

FAZIT

Grundsätzlich ist also nie zu erwarten, dass sich vergangene Realität in all ihrer Komplexität auf direkte Weise in Bildern wiederfände. Das Abgebildete zeigt immer nur eine von vielen möglichen Sichtweisen und ist stets durch Technik und Entscheidungen des Fotografierenden eingeschränkt. Auch die Möglichkeiten, Bilder zu bearbeiten, hat es immer gegeben; das ist kein Phänomen der Gegenwart. Entscheidender ist, warum ein Bild entstand und in welcher Form es in einem Kommunikationsprozess eine Rolle spielte, sowie die Frage nach den Zusammenhängen, die bewusst oder unbewusst hergestellt wurden. Das bedarf keiner Manipulation oder Inszenierung im Bild.

Zudem gelingt Kommunikation mit Bildern auch nicht besser als mit dem gesprochenen oder geschriebenen Wort. Bilder können, wie beschrieben, durchaus Reaktionen hervorrufen, die der Absicht des Bilderproduzenten und -verbreiters überhaupt nicht entsprechen. Kurz: Geschichtliche Ereignisse lassen sich über Bilder weder realitätsgenauer darstellen noch sind sie weniger komplex. So kann eine visuelle Darstellung Ereignisse symbolisch verdichten oder zu einer Ikone werden, an die Vorstellungen zu einem Geschehen anknüpfen. Aber das macht sie nicht zu einer wahrhaftigeren, sondern zu einer höchst interessanten Quelle.

Bilder zeigen keine zuverlässigere oder „wahrere“ Geschichte, sie sind notwendiger Teil historischer Erzählung und können Vorstellungen korrigieren, ergänzen und teils auch überhaupt erst ins historische Bewusstsein bringen. Ebenso konkretisieren sie historische Zustände und liefern Wissen, das in anderen Quellen nur schwerlich oder überhaupt nicht zu finden ist. Gleichzeitig sind sie integraler Bestandteil im historischen Prozess, da sie fast immer zu kommunikativen Zwecken verwendet werden, um zu informieren, zu kritisieren, Standpunkte zu belegen, Meinungen zu festigen oder zu erschüttern. Mal wenden sie sich an den Intellekt der Betrachter, mal an die Emotionen, und oft vermögen sie auch beides anzusprechen.

Da gegenständliche Bilder Geschehen einerseits verdichten, andererseits aber auch sehr viel „Wirklichkeit“ ausblenden, vermischen sie einen dokumentarischen Eindruck mit symbolischer Wirkung. Sie bringen ein gesamtes Ereignis in individuelle und zuweilen kollektive Erinnerung und überlagern sie. Daher sind sie für das historische Erzählen bedeutsam und werden entsprechend eingesetzt.

Die Deutungen hängen stark vom Kontext ab, in denen die Bilder dem Betrachter begegnen. Die Zusammenhänge sind bereits zeitgenössisch verschieden und ändern sich im Verlauf der Zeit. Für die einen ist Lenin eine positive Figur, die Tatsache der Russischen Revolution ein Glücksfall der Geschichte. Für andere ist Lenin eine negative Erscheinung und die Russische Revolution eine Katastrophe. Diese Standortgebundenheit der Betrachter lässt sich nicht auflösen, selbst wenn für alle Streitenden ein Bild als korrekte Darstellung eines Sachverhalts gilt – so hat bei dem Beispiel nie jemand die Tatsache bezweifelt, dass tatsächlich Lenin abgebildet und die Hauptfigur ist.

Die unabwendbaren und notwendigen Diskussionen über Bilder und das, was sie (vermeintlich) zeigen und zu beweisen vermögen, können tiefe Einblicke in die Prozesse geben, aus denen sich das entwickelt, was landläufig als „Geschichte“ gilt, und zu dieser gehören Bilder, ohne die historische Erkenntnis blind bliebe und begrenzter wäre als notwendig.

JENS JÄGER
ist Heisenberg-Stipendiat und Professor für Mittlere und Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität zu Köln.
jens.jaeger@uni-köln.de

WAHRHEIT

Ein philosophischer Streifzug

Petra Kolmer

„Wahrheit" (griechisch *aletheia*, lateinisch *veritas*) ist seit jeher ein zentrales Thema der europäischen Philosophie. Kaum einem anderen hat sie sich so beständig gewidmet. Denn das mit „Wahrheit" letztlich Gemeinte ist von vitalem menschlichen und keineswegs nur von akademischem Interesse.[01] Das zeigt sich aktuell etwa an der öffentlichen Debatte um die *post-truth era*[02] oder an der allgemeinen Reaktion auf die Erfindung „alternativer Fakten" im Umkreis von US-Präsident Donald Trump. Ebenso deutet darauf hin, dass wir der Frage, mit der wir unserem Interesse an „Wahrheit" Ausdruck verleihen, selten sogleich die Formulierung „Was ist Wahrheit?" geben, wie sie diesem Beitrag zugrunde liegt. Denn in dieser Formulierung zielt die Frage bereits auf die theoretische Klärung eines bestehenden Sprachgebrauchs und eines sich darin manifestierenden Wahrheitsverständnisses. Meistens fragen wir: „Was ist wahr?" und meinen damit: Was ist „echt"? Was ist „fest"? Was ist „verbindlich"? So fragen wir nach allem, auf das man sich verlassen, auf das man bauen kann.[03] „Wahrheit" ist eine Grundfrage für uns Menschen, die wir unser Leben erhalten müssen.

WAHRHEIT ALS VERLÄSSLICHKEIT

Beginnen wir deshalb unsere Abhandlung mit einer philosophischen Reflexion dieses vertrauten Sprachgebrauchs von „wahr" im Sinne von „verlässlich", wie er beispielsweise vorliegt, wenn wir von „wahrer Freundschaft" oder „wahrer Liebe" sprechen. Diese Redewendungen verweisen darauf, dass wir Verlässlichkeit offensichtlich in Bezugsverhältnissen suchen, die uns über alle physischen, kulturellen und persönlichen Unterschiede hinweg gleichsam hineintragen in die raum- und zeitlose Ordnungs- und Geltungsdimension der Vernunft – nüchterner formuliert: in Bezugsverhältnissen, die es ohne Vernunftgebrauch nicht gibt und die uns von sich aus mit der Forderung konfrontieren, der Gebrauch der Vernunft möge selbst durch Vernunft bestimmt sein.

Nennen wir nicht etwa „wahre Freundschaft" in Erfüllung dieser Forderung ein „Verbunden-Sein und Eines-Sein" zwischen zwei Menschen, um es mit Aristoteles auszudrücken,[04] bei der beide Seiten im Sagen und Tun stets die Mitte halten, sodass es nie zum Äußersten kommt und jemand einseitig alles nur auf sich bezieht? Ein im Großen und Ganzen ausgewogenes Übereinstimmungsverhältnis, in dem die Verbundenen, anstatt zu verschmelzen, gerade in ihrer Selbstständigkeit anerkannt sind? Für die philosophische Tradition jedenfalls war ein solch ausgewogenes und darum stabiles Verbunden-Sein die Antwort auf die Frage nach der mit „Wahrheit" gemeinten Verlässlichkeit. Dieser Tradition weiter folgend, wäre der „wahre Freund" ein Ideal, an dem wir den tatsächlichen Freund stets messen, sodass er stillschweigend auch immer mit der Frage konfrontiert ist, ob er nicht im anderen Extrem ein „falscher Freund" sei, der Freundschaft vorgaukelt, während „in Wahrheit" beispielsweise Eigennutz vorliegt.

Die uns ebenfalls vertraute Redewendung „in Wahrheit" führt unsere Reflexion einen Schritt weiter. Denn durch sie gerät in den Blick, dass wir uns auch und gerade dann, wenn wir gegenüber einer anderen Person behaupten, ein Dritter sei ein „wahrer" oder „falscher" Freund, in Bezugsverhältnissen bewegen, die uns in die Ordnungs- und Geltungsdimension der Vernunft hineintragen: Zu sagen, ein Freund sei ein „wahrer" oder „falscher", kann in Bezug darauf, was tatsächlich vorliegt – im Unterschied zu dem, was man meint oder glaubt –, selbst wahr oder falsch sein.

Weil das „menschliche Lebensinteresse am Verläßlichen"[05] einer klärenden Feststellung dessen, was der Fall ist, den Vorrang einräumen muss, thematisiert die Philosophie die dadurch motivierte Wahrheitsfrage als Frage nach der Wahrheit der menschlichen Erkenntnis (lateinisch *cogni-*

tio). Darunter kann dasjenige Wissen verstanden werden, das aus einer intellektuellen Tätigkeit resultiert, die in Rückbezug auf unmittelbare Kenntnisse (*notitia*) und nach Art eines deklaratorischen Rechtsaktes auf das Erfassen einer Sachlage gerichtet ist, und das in Aussagesätzen seinen Ausdruck findet, die den methodisch begründeten Zusammenhang der Wissenschaft bilden.

Doch das, worauf sich die Erkenntnis bezieht, ist keineswegs immer schon etwas vom Menschen Gemachtes, das sich wie ein Rechtsverhältnis durchschauen ließe, und kann zugleich nicht ohne Weiteres auf ein höheres Vernunftwesen zurückgeführt werden, etwa auf einen Gott. Historisch stand die Philosophie daher stets vor der Aufgabe, zu erklären, wie und später auch ob überhaupt die Erkenntnisrelation nach Art der *declaratio* (Kundmachung, Offenbarung) verstanden werden kann. Wie auch immer die Antwort unter jeweils gegebenen Bedingungen ausfiel: Philosophisch war und ist „Wahrheit" vor allem die Ordnungs- und Geltungsdimension der Theorie, deren Kreis die Philosophie aufgrund der für sie charakteristischen Reflexionshaltung selbst so schließt, dass offensichtlich wird: Der Wahrheit lässt sich theoretisch nicht entkommen. Das hat Friedrich Nietzsche dokumentiert, als er erklärte, Wahrheit sei „die Art von Irrtum, ohne welche eine bestimmte Art von lebendigen Wesen nicht leben könnte",[06] und dabei für sich selbst aber den Wahrheitsanspruch keineswegs suspendierte.[07]

Damit geht allerdings auch einher, dass es eine exakte Definition von Wahrheit und also eine abschließende Antwort auf die Frage, was Wahrheit ist, für uns nicht gibt. Allerdings hat die philosophische Tradition unserer Mühe, der Wahrheit diskursiv die für eine Definition nötigen Grenzen zu setzen, intuitiv dennoch etwas abgewonnen: dass es bei Wahrheit gerade um Offenheit geht – unter Geltungsaspekten: Offenbarkeit oder Unverborgenheit[08] –, die wir freilich erst immer wieder neu erringen müssen, ohne dass wir sicher sein können, sie zu erreichen.

Der folgende Streifzug durch die Geschichte der Philosophie ist auf die theoretische Wahrheit beschränkt. Er geht von der Vorstellung einer Kommunikationssituation aus, in der sich jemand mit jemand anderem ernsthaft über etwas in der objektiven Welt verständigt und der Zuhörer dem Sprechenden zweierlei unterstellt: *erstens*, dass dieser ihm nichts verhehlt, sondern „über das, was er weiß, so Auskunft gibt, daß [ihm] über die berichtete Sache (…) nichts verborgen bleibt";[09] *zweitens*, dass es eben Wissen im Sinne der Erkenntnis ist und nicht lediglich eine auf das Subjekt hin relativierte Meinung oder ein Glaube, an dem er teilhaben darf. In einem „‚verläßlichen Reden' hinsichtlich der Welt"[10] wäre Wahrheit in diesem Sinne eingelöst. Bei unserem Streifzug konzentrieren wir uns indes auf die Wahrheit des Wissens im Sinne des Erkennens, also des Erfassens einer als bestehend vorausgesetzten Sachlage.

ANTIKE

Nie hat die Philosophie die Wahrheit systematisch nur auf der Seite des Wissens verortet. Immer sah sie die Wahrheit auch – und anfänglich sogar primär – auf der Seite der Wirklichkeit, nach der sich die Erkenntnis richten muss. Wahrheit war zuerst die Wirklichkeit selbst, und zwar „unter dem Aspekt ihrer Erkennbarkeit",[11] sodass die Ausdrücke „wahr", „seiend" und „erkennbar" austauschbar waren. Dabei hieß Erkennbarkeit bis ins 14. Jahrhundert hinein vor allem das Verbunden-Sein des kategorienbegrifflich unterscheidbaren Seienden, sein Hingeordnet-Sein auf ein höchstes Seiendes.

01 Vgl. Herrmann Krings, Wahrheit, in: Görres-Gesellschaft (Hrsg.), Staatslexikon, Bd. 4, Freiburg/Br. 1995, S. 850–854, hier S. 851.
02 Ralph Keyes, The Post-Truth Era, New York 2004.
03 Der deutsche Ausdruck „wahr" bezieht sich etymologisch auf „Verlässlichkeit". Vgl. Joachim Gnilka, Wahrheit (biblisch), in: Heinrich Fries (Hrsg.), Handbuch theologischer Grundbegriffe, München 1963, Bd. 2, S. 794–800, hier S. 795.
04 Aristoteles, Metaphysik, 2 Bde., Hamburg 1989/1991, 1051b, 11 f.
05 Krings (Anm. 1), S. 851.
06 Friedrich Nietzsche, Aus dem Nachlass der Achtzigerjahre, in: Karl Schlechta (Hrsg.), Friedrich Nietzsche. Werke in drei Bänden, Bd. 3, Darmstadt 1982[9], S. 415–925, hier S. 844.
07 Ders., Über Wahrheit und Lüge im außermoralischen Sinne (1873), in: ebd., S. 309–322, hier S. 319.
08 Vgl. u. a. Martin Heidegger, Zur Sache des Denkens, Tübingen 1969; Jan Szaif, Wahrheit, in: Joachim Ritter/Karlfried Gründer/Gottfried Gabriel (Hrsg.), Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 12, Basel 2004, Sp. 48–123, hier Sp. 48. Dieser „intersubjektive" Wahrheitsbegriff findet sich schon bei Homer.
09 Ebd., Sp. 49.
10 Parmenides, zit. nach ebd.
11 Jan Szaif, Die Geschichte des Wahrheitsbegriffs in der klassischen Antike, in: ders./Markus Enders (Hrsg.), Die Geschichte des philosophischen Begriffs der Wahrheit, Berlin–New York 2006, S. 1–32, hier S. 2.

Allerdings hatte bereits Aristoteles (384–322 v. Chr.) nach entscheidenden Vorbereitungen durch Platon (ca. 428–348 v. Chr.) die Wahrheit auf eine reflektiertere Weise bestimmt. Aristoteles setzte beim Sprachgebrauch an. Seine Untersuchung der Verwendung der Ausdrücke „ist" und „ist nicht" in Aussagesätzen ergab, dass „ist" ein „Verbunden-Sein und Eines-Sein" bedeute und dementsprechend „ist nicht" ein „Nicht-Verbunden- und Mehrheit-Sein",[12] und zwar nicht bei den Sätzen, sondern bei den Tatsachen, auf die sich die Sätze beziehen. Von diesen sollten wir aufgrund „seelischer Ersterfahrungen" „Abbilder" in der Seele haben.[13]

So sollten Aussagesätze dann wahr sein, wenn sie wiedergeben, was man denkt, und man nicht „anders denkt, als die Dinge sich verhalten". Mithin sagt nach Aristoteles derjenige die Wahrheit, der vom Getrennten urteilt, es sei getrennt, von dem Zusammengesetzten, es sei zusammengesetzt",[14] während derjenige gleichsam falsch liegt, der das Gegenteil sagt: „Zu sagen (…), das Seiende sei nicht und das Nicht-Seiende sei, ist falsch, dagegen zu sagen, das Seiende sei und das Nicht-Seiende sei nicht, ist wahr."[15] Es ist die Wirklichkeit, die diese Aussagen wahr macht.

In diesem Sinne war Aristoteles' Konzeption eine Konzeption der Wahrheit und nicht der Falschheit, die das Fundament für die spätere Korrespondenz- oder Adäquationstheorie der Wahrheit legte. Für deren Entwicklung erwies sich zweierlei als wichtig: zum einen, dass man nach Aristoteles auch noch bei den Dingen selbst in Rücksicht darauf, was bei ihnen „durch Zusammensetzung und Trennung" vorliegt, vom Wahren und Falschen – vom „seienden Wahren oder Falschen" – sprechen konnte;[16] zum anderen, dass für Aristoteles die logische Ebene des Verstandes (griechisch *dianoia*) und der Aussage zwar die zentrale, aber nicht die einzige Ebene war, auf der Wahrheit statthaben sollte.

Die Kopplung von Aussagen mit der Wirklichkeit via „seelische Ersterfahrungen" war selbst systematisch wie eine Korrespondenzrelation gedacht, allerdings auf die herabgestufte Weise eines unmittelbaren Angrenzens-an oder Berührens. Das Berühren sollte für jene zwei Wissensebenen kennzeichnend sein, die in Aristoteles' Systematik in der Vertikale die Extreme zu der Ebene des Verstandes bildeten: Zum einen die prälogische Ebene der Sinneswahrnehmung (*aisthesis*), in deren System das Tasten, mithin das Fühlen, den Mittelpunkt bildete. Zum anderen die hyperlogische Ebene der Vernunft (*nous*), deren Berühren für Aristoteles ein einfaches „Sagen" war, das der eidetischen Wirklichkeitsstruktur, dem Intelligiblen, galt. In beiden Fällen ist es laut Aristoteles so, dass das Wahre ein „Berühren" und damit „Wissen", das Falsche aber ein „Nicht-Berühren" und damit ein „Nicht-Wissen" ist.

MITTELALTER

Aufgrund eines Gottesverständnisses, das von der Idee der Vernunft bestimmt war, hat Aristoteles' Konzeption der Wahrheit im Europa des 13. Jahrhunderts große Wirkung zeitigen können. Es war Thomas von Aquin (1225–1274), der die aristotelische Wahrheitskonzeption wirkmächtig zur Korrespondenztheorie ausgestaltete. Er nahm das Ganze des Bezugsverhältnisses von Wissen und Wirklichkeit gleichsam „von oben" in den Blick, nämlich nach der theologischen Maßgabe, dass alle Dinge, die „vom praktischen menschlichen Verstand unabhängig" und also Naturdinge sind, „ihr Sein dem Entwurf des göttlichen Verstandes verdanken"[17] und in diesem Entwurfscharakter auch dem menschlichen Verstand zugänglich sind.

In dieser Konzeption kamen auch Bestimmungen der ersten definitionalen Theorie der Wahrheit des Theologen und Philosophen Anselm von Canterbury (1033–1109) zum Tragen, der die Maßgeblichkeit der eingelösten Wahrheit – „etwas ist deshalb wahr, weil es ist oder tut, was es sein bzw. tun soll"[18] – in den Vordergrund gestellt und damit Wahrheit als Richtigkeit bestimmt hatte. Auch Thomas von Aquin verglich die Bedeutungen von Wahrheit und Maß und erklärte, dass die Seinsweise der Wahr-

12 Aristoteles (Anm. 4), 1051b, 11 f.
13 Ders., Kategorien, Hermeneutik, Hamburg 1998, 16a, 7 f.
14 Ders. (Anm. 4), 1051b, 5 f., 3 ff.
15 Ebd., 1011b, 25 f.
16 Ebd., 1051b, 34 f.
17 Albert Zimmermann, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Thomas v. Aquin, Von der Wahrheit. De veritate (Quaestio I), Hamburg 1986, S. IX–XLIII, hier S. XVIII ff.
18 Christoph Demmerling, Richtigkeit, in: Ritter/Gründer/Gabriel (Anm. 8), Bd. 8, Sp. 1039–1045, hier Sp. 1040.

heit *erstens* dem göttlichen Verstand zukomme, der „wie ein einziges Maß" für alles Seiende sei; *zweitens* den Naturdingen, insofern sie als durch den göttlichen Verstand Gemessene ein „inneres Maß" (zum Beispiel Ausdehnung) haben; sowie *drittens* dem menschlichen Verstand, soweit er bei der theoretischen Erkenntnis getan hat, was zu tun war, nämlich Maß zu nehmen an Dingen, die als etwas „Wahres", als etwas Gemessenes, eine Erkenntnis ihrer selbst in der erkennenden Seele des Menschen bewirken können.[19]

Dabei sollte der Mensch die Wahrheit theoretisch über zwei Stufen erreichen: über ein einfaches (prärationales) Erfassen, in dem die erkennende „Seele" in den als Grundlage notwendigen „Zustand einer (…) Ähnlichkeit zum erfaßten Ding" gerät, sowie anschließend über das Urteilen, also den „Akt des Zusammensetzens oder Trennens erfasster Inhalte", mit dem der Verstand eine Eigenleistung vollzieht, die ihn vom Ding unterscheidet, um sodann entweder die „Angleichung an das Ding" zu erreichen, „die als ‚Wahrheit' bezeichnet wird" – *veritas est adaequatio rei et intellectus* – „oder aber die ‚Ungleichheit', die mit ‚Unwahrheit' gemeint ist"; Maßstab war hier aber immer „das Sein des Dings, über das geurteilt wird".[20]

Bereits im 14. Jahrhundert wurde die Korrespondenztheorie der Wahrheit zum Problem. Denn ein verändertes Gottesverständnis, das – paradigmatisch im Nominalismus Wilhelm von Ockhams (1288–1347) – von der Idee der Allmacht Gottes bestimmt war, bedeutete das Ende des Ordnungsgedankens. Die Natur galt nun als „spontane, voraussetzungslose Setzung, die in einem absoluten Willen gründet": Alles wahrhaft Existente war „radikal individuell", das heißt „von Gott als absolut Neues aus dem Nichts erschaffen" und in seiner individuellen Tat-Sächlichkeit (Faktizität) anzuerkennen.[21] Für das Erkennen bedeutete das, dass es nicht länger vom Gegenstand her bestimmt wurde, sondern in sich selbst, wobei Ockham zufolge Gott auch hier eingreifen konnte.[22]

In der Konsequenz wurde „wahr" zu einem Prädikat, das sich nur noch auf einen Satz oder eine Aussage beziehen kann.[23] Ockham illustrierte dies am Beispiel einer singulären assertorischen Aussage, die auf Einzigartiges zugeschnitten ist: Damit eine solche Aussage wahr ist, „wird nicht gefordert, daß deren Subjekt und Prädikat wirklich identisch seien (…), sondern es genügt dazu und wird gefordert, daß das Subjekt und das Prädikat für dasselbe supponieren", sich also auf denselben Gegenstand beziehen.[24] Aussagesätze können nach dieser Auffassung also nur der Identifikation individueller Gegenstände dienen.

NEUZEIT UND GEGENWART

Noch beziehungsweise gerade heute besteht in der Philosophie weitgehend Übereinstimmung darin, „wahr" nur auf Aussagen anzuwenden, also auf Sätze im deklarativ-theoretischen Kontext des Behauptens oder Charakterisierens. Doch was wäre deren Bezugsobjekt? Denn wenn religiöser Glaube und Theologie nicht mehr bestimmend sind, kann selbst von Faktizität nicht mehr ohne Weiteres die Rede sein, jedenfalls nicht in Bezug auf all das, was nicht vom Menschen gemacht ist. Das philosophische Wahrheitsverständnis war also radikal zu überdenken.

Dieser Prozess setzte in der Neuzeit ein und wurde vor allem durch das Scheitern des groß angelegten Versuchs Georg Wilhelm Friedrich Hegels (1770–1831) beschleunigt, unter Bedingungen neuzeitlich konstituierter Subjektivität die vornominalistische Wahrheitstheorie mit ihren theologischen und ontologischen Implikationen zu erneuern. Dieses Scheitern zeigte sich unter anderem darin, dass in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in der angelsächsischen Spielart des Hegelianismus die sogenannte Kohärenztheorie der Wahrheit entstand. Jenseits von unklaren ontologischen Voraussetzungen sollte die Wahrheit nun in der Übereinstimmung der Aussagen untereinander liegen und eine Aussage dann wahr sein, wenn sie sich „in die Gesamtheit der vorhandenen und bereits miteinander in Einklang gebrachten Aussagen" eingliedern lässt.[25]

19 Zimmermann (Anm. 17), S. XXIV, S. XIX.
20 Ebd.
21 Vgl. Ruedi Imbach, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Wilhelm von Ockham. Texte zur Theorie der Erkenntnis und der Wissenschaften, Stuttgart 1984, S. 5–10, hier S. 7 f.
22 Vgl. ebd., S. 132.
23 Vgl. Dominik Perler, Satz, Seele und Sachverhalt. Der propositionale Wahrheitsbegriff im Spätmittelalter, in: Szaif/Enders (Anm. 11), S. 191–210, hier S. 191.
24 Ebd., 99 f.
25 Otto Neurath, zit. nach Szaif (Anm. 8), Sp. 117.

Die Kohärenztheorie wird heute neben der Korrespondenztheorie als die zweite große Wahrheitstheorie betrachtet, ist aber streng genommen die Theorie eines Wahrheitskriteriums, das uns erlaubt, zu beurteilen, wann ein Anspruch auf Wahrheit – die nach wie vor als Übereinstimmung aufgefasst wird – als gerechtfertigt gelten kann.[26] „Kohärenz" meint dabei nicht lediglich im negativen Sinne „Konsistenz", also die Verbindung der Aussagen in einem widerspruchsfreien System, sondern im positiven Sinne eine vergleichsweise bessere systematische „Zusammengefügtheit", „Umfassendheit" sowie „Kontrolliertheit" eines Systems von Aussagen.

Da die Kohärenztheorie die Beziehung zur Wirklichkeit unthematisiert lässt, ist das Wahrheitsverständnis insofern jetzt selbst „postfaktisch", wie im deutschen Sprachraum der Ausdruck *post-truth* wiedergegeben wird.

„POSTFAKTISCH"?

Die Kohärenztheorie ist für die kybernetisch orientierte Systemtheorie des 20. Jahrhunderts und die systemtheoretisch orientierte Medientheorie von großer Bedeutung. Dass durch diesen Theorietypus eine Einstellung befördert werden kann, auf die das Schlagwort „postfaktisch" passt, und der Weg frei ist für „alternative Fakten", soll abschließend kritisch von Überlegungen des Soziologen Niklas Luhmann (1927–1998) her verdeutlicht werden.

„Was wir über die Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien. Was wir über die Stratosphäre wissen, gleicht dem, was Plato über Atlantis weiß: Man hat davon gehört." Massenmedien sind demnach „eines der Funktionssysteme der modernen Gesellschaft", die ihre „gesteigerte Leistungsfähigkeit" jeweils „der Ausdifferenzierung, der operativen Schließung und der autopoietischen Autonomie (…) verdank[en]". Deshalb werde man zwar „alles Wissen mit dem Vorzeichen des Bezweifelbaren versehen – und trotzdem darauf aufbauen, daran anschließen müssen". Denn zwar würde man sich „im klassischen Wahrheitsdiskurs, aber auch im Allgemeinverständnis von Wahrheit, (…) dafür interessieren, ob das, was die Medien berichten, stimmt oder nicht stimmt. Oder ob es halb stimmt und halb nicht stimmt, weil es ‚manipuliert' wird. Aber wie soll man das feststellen?"[27] Eingeschlossen in das System, bleibt uns verwehrt, das feststellen zu können.

Doch die Frage lautet: Kann man am Allgemeinverständnis von Wahrheit und am daran anschließenden klassischen Wahrheitsdiskurs so einfach vorbeigehen? Diesem zufolge können wir zwar nie sicher sein, wirklich „wahres" Wissen zu besitzen, sind zugleich aber in dem Maße fähig, zu prüfen, ob überhaupt Wissen auf den Weg gebracht ist, in dem das Sinnbild des Wissens das „Sehen" ist, das ein Dabei(gewesen)sein verlangt.[28] Wenn wir nämlich festsetzen, dass Wissen auch dann noch Wissen ist, wenn ihm das Moment des Dabei(gewesen)seins und der Evidenz und somit in veritativer Hinsicht das Moment der Überprüfbarkeit fehlt, dann suchen wir – wie sich heute zeigt – kompensatorisch Zuflucht beim Gefühl. Aristoteles sah im tastenden Berühren, aus dem das Gefühl resultiert, die zum Überleben zentrale Wahrnehmung,[29] und sicher gibt es keinen direkteren Kontakt zur Um- und Mitwelt als das Berühren. Doch in einer Welt, von der man nicht mehr annehmen kann, dass sie Aristoteles' Ordnung hat, ist auf das Gefühl, das von den Umständen abhängig ist und sich dadurch vom (wahren) Wissen unterscheidet, kein Verlass.

Auf Verlässlichkeit aber sind wir angewiesen. Daher ist eine *post-truth era* und sind „alternative Fakten" für uns keine ernsthafte Option. Philosophisch gälte es daher, gerade den klassischen Wahrheitsdiskurs und mit ihm das Bewusstsein lebendig zu halten, dass es letztlich auf Wissen im Sinne der Erkenntnis ankommt und dass die Aussagen, in denen sie sich darstellt, durch die Wirklichkeit und nicht willkürlich durch uns „wahr gemacht" werden.

26 Vgl. Krings (Anm. 1), S. 851.
27 Niklas Luhmann, Die Realität der Massenmedien, Wiesbaden 2009[4], S. 9, S. 13, S. 17.
28 Vgl. Wissen, in: Wörterbuch der philosophischen Begriffe, Hamburg 1998, S. 736f.
29 Vgl. Aristoteles, Über die Seele, Hamburg 1995, 434b, 24.

PETRA KOLMER
ist Professorin für Philosophie an der Rheinischen Friedrichs-Wilhelms-Universität Bonn.
pkol@uni-bonn.de

Podiumsdiskussion

»Marine Présidente!« – Frankreichs Fünfte Republik am Ende?

10. April 2017, 18.00–20.00 Uhr, Bundeszentrale für politische Bildung, Friedrichstraße 50, 10117 Berlin

Mit Inbrunst skandierten die Delegierten beim Wahlkampfauftakt des Front National (FN) in Lyon ihre große Hoffnung für das Jahr 2017: »Marine Présidente!«. Marine Le Pen ist nicht nur Vorsitzende, sondern auch Spitzenkandidatin der Partei bei den anstehenden französischen Präsidentschaftswahlen. Als wahrscheinlich gilt, dass sie aus dem ersten Wahlgang am 23. April als Gewinnerin hervorgehen wird. Ob die Unterstützung aber ausreicht, sie durch die Stichwahl zu tragen, ist offen.

Was macht das Phänomen Marine Le Pen aus? Was sind ihre Agenda und ihre Ziele? Wie lässt sich der Aufstieg des FN von der offensichtlich rechtsextremistischen „Schmuddelpartei“ zur mittlerweile stets aussichtsreichen Kraft bei nationalen Wahlen erklären? Welche Folgen hätte eine mögliche Präsidentschaft Le Pens für die deutsch-französischen Beziehungen und nicht zuletzt für die europäische Integration?

Anmeldung und weitere Informationen online unter:
www.bpb.de/podiumlepen

Die Podiumsdiskussion wird auf Facebook live übertragen und ist anschließend in der bpb-Mediathek abrufbar.

Es diskutieren:

Dr. Ronja Kempin,
Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

Michaela Wiegel,
Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Paris

Bernard Schmid,
Anwalt, Aktivist, Autor, Paris

Dr. Franziska Brantner,
MdB, stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe, Berlin

Moderation: **Alexander Thamm**, Berlin/Kreuth

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Politisch, aktuell und digital

APuZ – auch im ePub-Format
für Ihren E-Reader. Kostenfrei auf
www.bpb.de/apuz

bpb:
Bundeszentrale für politische Bildung

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Telefon: (0228) 9 95 15-0

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 17. März 2017

REDAKTION
Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel (verantwortlich für diese Ausgabe)
Christina Lotter (Volontärin)
Johannes Piepenbrink
Anne Seibring
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT
Charlotte Cassel/Meiré und Meiré, Köln

SATZ
le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT
Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
fs-medien@intime-media-services.de

Die Veröffentlichungen in Aus Politik und Zeitgeschichte stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 3.0 Deutschland.

APuZ
Nächste Ausgabe
14–15/2017, 3. April 2017

DAS AMT

APuZ
AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE
www.bpb.de/apuz